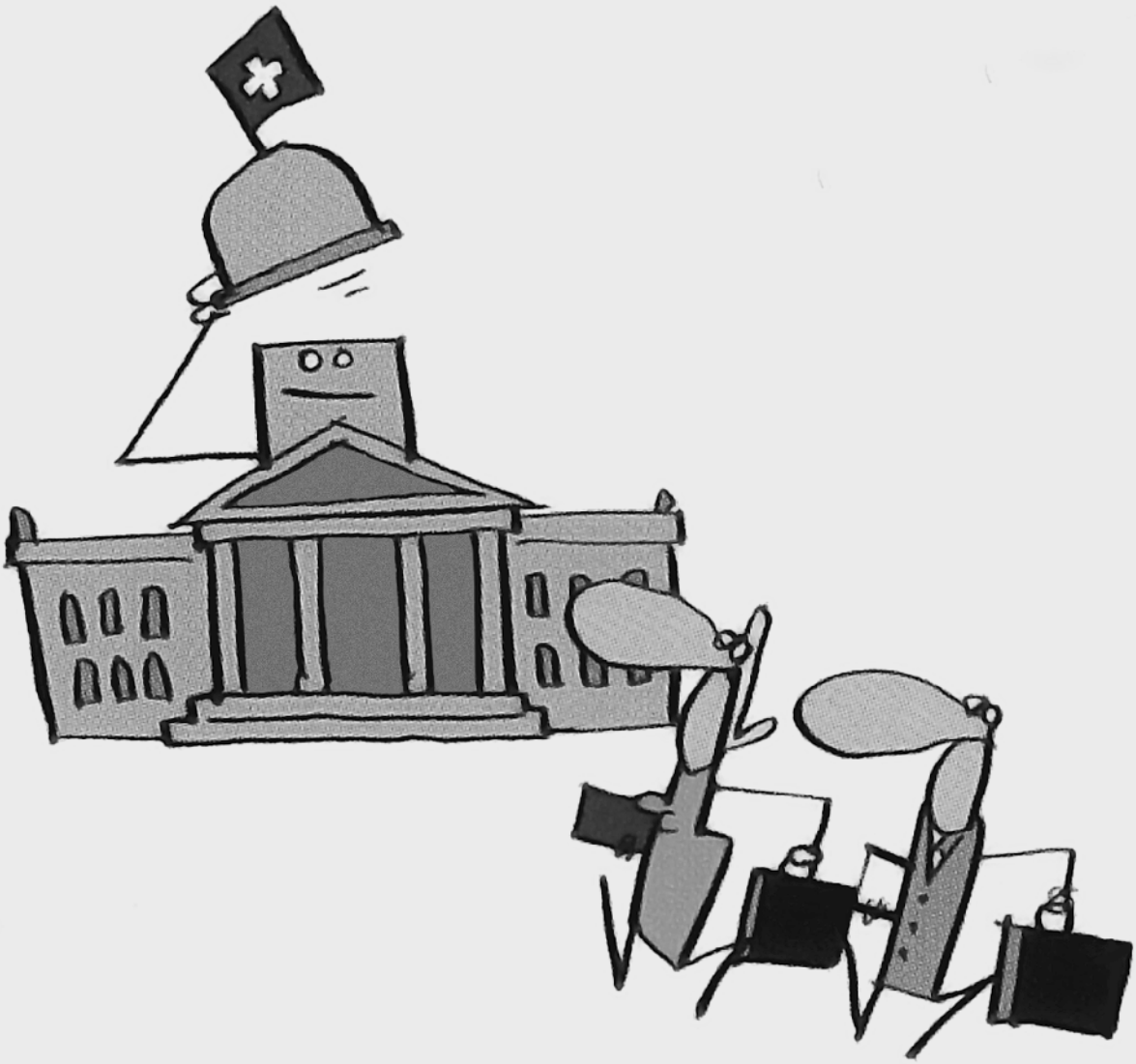
Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Citoyenneté

Zugehörig sein, teilhaben und Verantwortung übernehmen



Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM
Materialien zur Migrationspolitik

© 2010 Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM

Autor
Christoph Keller

Redaktion
Simone Prodolliet

Titelbild
© Mix&Remix, aus dem Spiel Helvetic

Gestaltung/Druck
W. Gassmann AG, Biel

Vertrieb
BBL, Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Art.-Nr. 420.924.D

Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM
Quellenweg 6
CH 3003 Bern-Wabern
Tel. 031 325 91 16
www.ekm.admin.ch

Citoyenneté

Zugehörig sein, teilhaben und Verantwortung übernehmen

Christoph Keller

Oktober 2010

Materialien zur Migrationspolitik

Inhalt

VORWORT **5**

1 ZUR EINSTIMMUNG **6**

2 WIE MAN ZUGEHÖRIG WIRD **7**
Wirtschaftsbürger, Staatsbürger, Weltbürger 7
Die Anziehungskraft der «eigenen Kultur» 8
Staatsangehörigkeit – Staatsbürgerschaft 8
Portrait: Der Globale Citoyen 10

3 VON BÜRGERN, CITIZENS UND CITOYENS **11**
Doppelte Funktion des Bürgerrechts 11
Citoyenneté – aktive Teilhabe und Präsenz in der Öffentlichkeit 12
Citizenship – Bürger werden oder Bürger sein 12
Citoyenneté im schweizerischen Kontext 13
Portrait: Die vernetzte Bürgerin 15

4 ORTE DER EINMISCHUNG **16**
Citoyenneté aufgrund eines lokalen Bezugs 16
Rahmenbedingungen für Partizipation 17

5 CITOYENNETÉ ALS PARTIZIPATION **18**
Gespräch mit Gianni D'Amato 18
Portrait: Ein lokaler Citoyen 20

6 KOMPETENZ, DEMOKRATIE, SICHTBARKEIT **21**

7 LITERATUR **22**

Vorwort

Die Schweiz ist eine pluralistische Gesellschaft und ein Land, das seit mehr als einem Jahrhundert von innovativen Kräften und dem Pioniergeist von Ausländerinnen und Ausländern profitiert. Wurden vor dem Ersten Weltkrieg Zugewanderte rasch in den Kreis der Einheimischen aufgenommen, dauert dies heute deutlich länger. Auch bestehen unterschiedliche Auffassungen darüber, was gesellschaftliche Teilnahme und Teilhabe bedeutet und wer über politische Rechte verfügen soll.

Heute leben 1,7 Millionen Menschen ausländischer Herkunft in der Schweiz, das sind 22 Prozent der Bevölkerung. Die Mehrheit von ihnen ist jedoch mit den hiesigen Verhältnissen bestens vertraut: 860 000 von ihnen leben länger als 10 Jahre hier, 350 000 sind sogar in unserem Land geboren. Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, ob der weitgehende Ausschluss aus der politischen Mitbestimmung von Menschen ausländischer Herkunft, die eng mit der Schweiz verbunden sind, noch zeitgemäss ist.

Die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM stellt sich auf den Standpunkt, dass die Menschen, die sich langfristig innerhalb unserer nationalen Grenzen aufhalten und niedergelassen haben, als Bürger und Bürgerinnen, als Citoyens und Citoyennes anerkannt werden sollen. Als solche sollten alle mit Freiheitsrechten und politischen Beteiligungsrechten, dort wo sie ihnen auf kommunaler oder kantonaler Ebene noch nicht zustehen, ausgestattet sein. Aus diesem Grund plädiert die EKM für einen Perspektivenwechsel mit einem Bekenntnis zu «Citoyenneté». Denn es muss nicht nur darüber reflektiert werden, die klassischen Partizipationsrechte, über die ausländische Staatsangehörige in einigen Kantonen und Gemeinden verfügen, in den übrigen Teilen der Schweiz einzuführen, sondern Partizipation generell neu zu denken.

Die EKM ist der Ansicht, dass eine Debatte zu «Citoyenneté» neue Wege aufzeigen kann, nicht nur das Potential und Know-how von Migrantinnen und Migranten, die zum Wohlstand unseres Landes beitragen, besser zu nutzen und wertzuschätzen, sondern auch die Legitimität unseres demokratischen Systems breiter abzustützen. Dass rund ein Fünftel der Bevölkerung von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen ist, kann längerfristig nicht hingenommen werden. Die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie wird dabei letztlich in Frage gestellt.

Die vorliegende Publikation soll einen Beitrag dazu leisten, auf die verschiedenen Aspekte, die mit dem Begriff «Citoyenneté» verknüpft sind, einzugehen. Es geht um Zugehörigkeit, um engagierte Teilnahme und Teilhabe, um Rechte und Pflichten, um das Wahrnehmen von Verantwortung sowie um Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit. Mit dem Aufgreifen dieses Themas möchte die EKM eine neue Diskussion innerhalb der Integrationsdebatte anstossen. Sie möchte den Blick dafür schärfen, welche Möglichkeiten sich eröffnen, wenn Menschen ohne Schweizer Pass als «Citoyens», das heisst als Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen werden. Denn nicht nur Schweizerinnen und Schweizer, sondern auch Zugewanderte haben ein Interesse daran, wie das Zusammenleben in unserem Land gestaltet wird, und möchten ihre Fähigkeiten und ihr Wissen gewinnbringend einsetzen.

Francis Matthey, Präsident der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen EKM

1 Zur Einstimmung

Aysel Özakin, Mutter eines Achtjährigen, sass vor einem Jahr am Elternabend der Primarschule in der zweiten Reihe, als der Klassenlehrer zum Traktandum «Wahl in den Elternrat der Schule» kam. Man möchte, führte der Klassenlehrer aus, bei der Wahl darauf achten, dass Eltern von Mädchen und Knaben, aber auch von Kindern schweizerischer und ausländischer Herkunft gleichermassen vertreten sind. Sofort meldete sich der Vater eines Mädchens, beruflich offenbar gut situiert, und bei den anderen Eltern bekannt als einer, der sich für die eigene Tochter, aber auch für die Angelegenheiten der Schule engagiert.

Aysel Özakin, in der zweiten Reihe, wusste, dass sie einiges beizutragen hätte im Elternrat, gerade, weil sie die Realitäten mancher Kinder der Einwanderergeneration gut kennt. Manche bekunden Probleme mit den Hausaufgaben. Nicht nur wegen der Sprache, sondern auch, weil sie Mühe haben, zuhause in den lebhaften, manchmal auch beengten Verhältnissen einen ruhigen Platz zum Arbeiten zu finden. Und wenn es den Kids ohnehin an der Fähigkeit zur Konzentration fehlt, dann sind die Verlockungen von Videogames und Internetspielen sehr gross.

Umgekehrt hatte Aysel Özakin ein Anliegen – dass die Schule den Kindern mit einem Migrationshintergrund Sprachkurse in ihrer Muttersprache anbietet. Sie weiss aufgrund von Erfahrungen an anderen Schulen, dass sich der Unterricht in der eigenen Sprache positiv auf die sprachliche Entwicklung auswirkt; das würde sie gerne als Anregung in den Elternrat einbringen.

Aber nun sass sie da an diesem Elternabend, in der zweiten Reihe, und traute sich nicht, die Hand zu heben.

Und vermutlich hätte sich Aysel Özakin auch nicht gemeldet, wenn nicht die Frau neben ihr, ihre Nachbarin, eine Schweizerin, ihr zugeflüstert hätte: «Aysel, jetzt musst du, das ist deine Chance.» Sie hätte sich nicht getraut, wenn die Nachbarin ihr nicht auch diesen Satz noch zugeflüstert hätte: «Ich helfe dir, wenn es nötig ist.»

So hob Aysel Özakin an jenem Abend vor einem Jahr ihre Hand und wurde gewählt, einstimmig.

Sie ist mit ihrem Anliegen, dass Sprachkurse in der Muttersprache angeboten werden, noch nicht durchgedrungen, hat in der Sache aber schon mehrere konstruktive Gespräche mit der Schulleitung geführt; und sie ist da zuversichtlich. Aysel Özakin ist nach der Wahl in den Elternrat aber mit vielen anderen Eltern in Kontakt gekommen, hat in diesem Jahr Einblick erhalten in manche Familie und in schwierige schulische Situationen, nicht nur bei Migrantenfamilien. Manchmal fühlte sich sie erinnert an ihre Kindheit, an die Überschaubarkeit ihres Dorfes. Aysel brachte in ihrem Quartier ins Spiel, was sie in ihrer Heimat gelernt hat, nämlich etwas tun, um die prekäre Lage, in der man lebt, zu verbessern, und vor allem: sich Zeit nehmen, um mit den Leuten zu reden. So entstand die Idee einer gemeinsamen Aufgabenhilfe, bei der Kinder gemeinsam an ihren Aufgaben arbeiten, sich gegenseitig unterstützen, und bei Problemen um Rat nachfragen können.

Aysel Özakin macht das freiwillig und unbezahlt, aber sie hat einen anderen Gewinn: Sie hat viele Leute kennengelernt, Einheimische, Zugewanderte, verfügt nun über ein Netzwerk.

Und als im Quartier ein kleines Lokal an der Strassenecke frei wurde, brachte Aysel die Idee auf, man könnte da doch ein kleines Quartierzentrum einrichten, mit ein paar Tischen für die Hausaufgabengruppe, mit einer kleinen Bibliothek, einer Kaffeestube mit Espresso, Milchkaffee und türkischem Kaffee. Das rief Skeptiker auf den Plan, auch ein paar Gegner aus der Nachbarschaft, aber am Ende setzte sich Aysel Özakin, unterstützt von ihren neuen Freundinnen, durch.

Zur Eröffnung des Zentrums titelte die Lokalzeitung «Zivilcourage lohnt sich», und Aysel wurde mit den Worten zitiert: «Das Beispiel unseres neuen Zentrums zeigt, dass man vieles erreichen kann, wenn man einsteigt, wenn man sich engagiert für das Gemeinwesen.»

2 Wie man zugehörig wird

«Keiner war von Anfang an da.»

Mit dem Spruch am Eingang zur neuen Dauerausstellung am Schweizerischen Landesmuseum wird an prominenter Stelle darauf hingewiesen, dass Zugehörigkeit nicht etwas von Natur Gegebenes ist, dass Zugehörigkeit auch kein Automatismus ist, der irgendwann einmal einsetzt. Zugehörigkeit ist, und darauf verweist der Spruch, ein über die Zeit erworbener, ein fortlaufender und auch unabgeschlossener Prozess, bei dem sich das Individuum nicht auf gesicherte Positionen zurückziehen darf. Im Gegenteil ist Zugehörigkeit, wie der Philosoph Zygmunt Bauman bemerkt, ein stets neu zu erschaffender, aber prekärer Zustand, ein Sehnen «nach Gemeinschaft, weil wir uns nach Sicherheit sehnen – einer unverzichtbaren Voraussetzung für ein glückliches Leben, die unserer Welt in zunehmendem Masse fehlt». Ein Streben, das umso schwerer fällt, als die Faktoren der Unsicherheit in der globalisierten Moderne nicht kleiner, sondern grösser geworden sind.

Gerade in Zeiten der Unsicherheit, der wirtschaftlichen, politischen, aber auch ökologischen Gefahrenmomente, die auf globaler Ebene zutage treten, schafft Zugehörigkeit jene Identität, die wir brauchen, um ein Gefühl von Sicherheit zu erwerben.

Daraus lassen sich Chancen ableiten, daraus entstehen aber auch Gefahren – die Chance des Mittuns, des aktiven Mitgestaltens in einer Gemeinschaft, in einer Gesellschaft, die Möglichkeit, sich als Teil eines Kollektivs zu sehen einerseits. Andererseits – und ein Blick in die Zeitung genügt, um diesen Befund zu bestätigen – bilden sich Gemeinschaften und Zugehörigkeiten nur allzu oft zu entmündigenden Kollektiven aus, in denen das Individuum jenen Teil der Individualität abgibt, die ihn zur kritischen Hinterfragung seiner selbst und seines Umfelds befähigen sollte. So gesehen ist Zugehörigkeit stets ein zweischneidiges Schwert, angesiedelt zwischen dem, was der Psychoanalytiker Mario Erdheim die «gesellschaftliche Produktion von Unbewusstheit» genannt hat, und gesellschaftlicher Emanzipation. Produktiv ist das Streben nach Zugehörigkeit in diesem Sinn nur, wenn wir uns bewusst bleiben, dass Zugehörigkeit stets etwas Gemachtes und auch etwas Gewolltes ist, dass Zugehörigkeit aber auch Unbewusstheit schaffen kann; und wenn uns klar wird, dass in einer globalisierten Welt die Zugehörigkeit viele, manchmal auch brüchige Facetten kennt, und dass einmal erworbene Zugehörigkeiten nicht auf immer gesichert sind.

Bereits die Frage «Woher kommst Du?» kann heute Irritationen auslösen.

Der eine wird seinen Herkunftsort angeben und sagen «Ich stamme aus Srebrenica», die andere aber vielleicht den transnationalen Konzern, für den sie arbeitet – hier lautet die Antwort: «Ich arbeite für Roche». Ein weiterer wird ganz einfach seinen Wohnort angeben, unabhängig seiner Herkunft, und noch eine andere wird sagen «Ich komme aus Seattle», weil sie zu jenen gehört, die jede Nacht in einer anderen Stadt, in einem anderen Hotel schlafen.

Wirtschaftsbürger, Staatsbürger, Weltbürger

Bei der Frage nach einer politischen Ethik im Zeitalter der Globalisierung unterscheidet der Philosoph Otfried Höffe drei mögliche Formen von Bürgerschaft. Den «Wirtschaftsbürger» zunächst, verstanden als arbeitendes, damit auch dem Gemeinwohl verpflichtetes Subjekt; zweitens den «Staatsbürger», als eine weitere Form, bei der «die Bürger ihre Erwartung an das Gemeinwesen mit dem zur Übereinstimmung bringen, was sie selber dazu beitragen», und als drittes den «Weltbürger», der sich in einem «global gemeinsamen Zivilisationsrahmen» befindet. Der gemeinsam verwendete Begriff des «Bürgers» verweist auf eine Konstante in allen drei Sphären: Ob wir nun konsumierende, arbeitende, an der Urne abstimmende, mit dem Weltgeschehen verbundene Menschen sind, wir tragen immer auch eine besondere Verpflichtung mit uns, wollen wir uns denn in den jeweiligen Bereichen zu Recht als zugehörig verstehen.

Natürlich kann man noch weiter differenzieren, wenn der Fokus enger gefasst wird:

Wer sich der Ansicht verschreibt, eine bestimmte Zugehörigkeit entstehe insbesondere durch ***Teilhabe an der Wirtschaft,*** wird, je nach Standpunkt und sozialer Stellung, und auch abhängig von der spezifischen Art der Teilhabe am Wirtschaftsleben, andere Aspekte hervorheben, die, seiner Meinung nach, eine Zugehörigkeit entstehen lassen. Die eine wird eine bestimmte Richtung des Konsums hervorheben und sich, getreu dem Motto «Ich

konsumiere, also bin ich», einer Welt der Labels und der Marken verschreiben wollen – sie werden Konsum als eine Form gesellschaftlicher Distinktion betrachten. Andere, die für sich eher den Aspekt der Arbeit ins Zentrum rücken, werden darauf verweisen, dass Arbeit der primäre Faktor von «Vergesellschaftung» ist, während dritte wiederum gerade mit Richard Sennett betonen werden, dass die Prekarität der heutigen Arbeitswelt eine wie auch immer geartete «Identifikation» mit der Arbeit verunmögliche.

Dem steht ein anderer Typus entgegen, der quer zu allen Formen der Zugehörigkeit verläuft – der stets mobile, örtlich ungebundene, aber allseits verfügbare Mitarbeiter transnationaler Konzerne, der, nebst der weltweit standardisierten Einrichtung des Hilton, ebenso berechenbare Mechanismen des firmeneigenen «Corporate Citizenship» vorfinden wird; das «Corporate Citizenship», die ethischen, aber auch die sozialen Prinzipien, die sich seine Firma gegeben hat, sind ihm Leitsatz für das eigene Tun und Handeln.

Die Anziehungskraft der «eigenen Kultur»

Aber was ist mit denen, die sagen werden, sie fühlten sich ganz einfach einer ***bestimmten Kultur zugehörig?***

Die Globalisierung, die Güter und Menschen weltweit in grenzüberschreitende Austauschbeziehungen gebracht hat, die dazu geführt hat, dass die pakistanische Community in London die Grösse einer mittleren pakistanischen Stadt erreicht, und dass in der Schweiz in bestimmten Quartieren der Anteil der Migrantinnen und Migranten 40 Prozent und mehr erreicht – sie führt nicht allerorten, wie lange Zeit propagiert, zu einer «multikulturellen Gesellschaft», in der die Kulturen «verschmelzen». Vielmehr ist ein Trend hin zur «Kulturalisierung» zu beobachten, zur Abgrenzung und auch Ausgrenzung entlang von kulturellen Differenzen. Man bezieht sich primär auf die eigene Herkunft; die Werte und Vorstellungen des Ursprungslandes, zu dem enge Beziehungen bestehen, stehen vorderhand im Zentrum. «Ethnic business», das Abwickeln von Geschäftsbeziehungen innerhalb der eigenen ethnischen Gruppe, Freizeitaktivitäten, Treffpunkte und kulturelle Veranstaltungen, die ausschliesslich innerhalb kulturell definierter Grenzen stattfinden – das alles kann dem Bestreben nach Integration von Migrantinnen und Migranten entgegenstehen. Erst über die Generationen hinweg wird sich die langsame Verschiebung vollziehen, bei der sich das Gefühl der Zugehörigkeit wandelt: ein Stück weit weg von der «eigenen Kultur», hin zur Lebensweise am Wohnort und der sogenannten «Mehrheitsgesellschaft».

Dies allerdings setzt voraus, dass auch die Kultur des Aufnahmelands eine Bereitschaft zu Wandel anzeigt, dass sie, wie der Stadtsoziologe Hartmut Häussermann schreibt, offen ist für «Übergänge». Bietet sie nicht Hand zur Emanzipation aus den hergebrachten kulturellen Prägungen, kommt es zu einer Ausgrenzung, die so weit führen kann, dass die «Separation zur Isolation wird». Und hier, in der Isolation, entstehen die von der Politik stets gefürchteten «Parallelgesellschaften», in denen Wertvorstellungen gelten, die möglicherweise nicht denjenigen der Aufnahmegesellschaft entsprechen.

Ähnliches gilt für all jene, die sich primär ***einer Religion zugehörig*** fühlen.

Auch dies kann als Nebenfolge globaler Prozesse gelesen werden – dass sich in Zeiten der Verunsicherung, der Verschiebung überkommener Werte und Strukturen immer mehr Menschen über ihren Glauben, über die Mitgliedschaft bei einer bestimmten Konfession definieren. Die «Rückkehr der Religion» in die sozialen, vor allem aber auch politischen Diskurse, ist ein Anzeichen dafür, dass die Wertediskussion in der globalen Gesellschaft zunehmend auch mit religiösen Argumenten geführt wird. Der «Clash of Civilizations», wie ihn der Amerikaner Samuel Huntington propagiert hat, entpuppt sich – im Nachgang zu den Ereignissen vom 11. September 2001 – mehr und mehr als ein «Clash of Religions», in dessen Zentrum die Auseinandersetzung zwischen Christentum und Islam steht. «Wer hat den stärkeren Gott?», titelte der «Spiegel» und lieferte damit eine griffige Formel für die laufenden Auseinandersetzungen, die, weil sie auch als Debatten über Werte daherkommen, weitläufige Angebote zur Identifikation liefern. Eine erneute, vor wenigen Jahren noch kaum vorstellbare Hinwendung zu religiösen Werthaltungen, Prinzipien, Glaubenssätzen sowohl auf der Seite von Christen wie auch bei Muslimen ist die Folge – mit einigen extremen Auseinandersetzungen, die wir kennen: das Verbieten von Minaretten, verbunden mit der Zunahme von integristischen Freikirchen auf der einen Seite, die Verfolgung von Christen in einigen islamisch geprägten Ländern und der Aufruf zum Leben nach dem «wahren Islam» auf der anderen Seite.

Auch hier entscheidet sich die Frage, wie gross die Verlockung ist, sich durch die Zugehörigkeit zu einer Religion definieren zu wollen, entlang der Bereitschaft zum Dialog: Denn erst, wenn im Zuge dialogisch erarbeiteter, offen geführter Debatten die Gemeinsamkeiten der Religionen offenbart werden, verlieren diese ihren Charakter als in sich geschlossene, gleichsam heilbringende Systeme.

Staatsangehörigkeit – Staatsbürgerschaft

Bleibt die Frage, wie weit man sich nun als ***Staatsangehörige*** zugehörig fühlen kann.

Nur – als Staatsangehörige wovon?

Fasst man den Begriff als Angehörigkeit zu einem bestimmten Gemeinwesen, eröffnen sich bereits vielfältige Möglichkeiten. Die meisten werden die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Staat ins Zentrum stellen, werden selbstverständlich sagen «Ich bin Libanese» oder «Ich bin Vietnamesin», aber bereits die erste Nachfrage wird sein: «Woher genau kommst Du?» Hier, bei der Herkunft, zeigen sich erste Komplikationen, weil nur wenige den Ort, von dem die Familie her stammt und den Ort, an dem man aufgewachsen ist, wird in Deckung bringen können. Und meistens ist der Ort, an dem man aktuell lebt, nochmals ein anderer – wir alle sind Migranten. Nochmals komplexer wird die Zugehörigkeit dann, wenn man selber mehrere Nationalitäten hat, oder, wie im Falle der Europäischen Union, sowohl eine nationale Staatsangehörigkeit besitzt wie auch über die europäische Unionsbürgerschaft verfügt.

Die Staatsangehörigkeit beschreibt in formaler Hinsicht nur, dass die betreffende Person durch Geburt oder durch ein entsprechendes Einbürgerungsverfahren die gesetzlichen Erfordernisse zum Erwerb einer Nationalität erfüllt hat. Sie beschreibt insofern ein bestimmtes Prozedere, der zu einem legalen Status führt, mehr nicht. Die emotionale Komponente der Staatsangehörigkeit hingegen umfasst Elemente von «Nationalstolz», von «patriotischen Gefühlen», von «Heimat» – ein oft schwer beschreibbares, persönliches Puzzle, in dem sich Projektionen von Zugehörigkeit mit imaginären Vorstellungen einer Nation vermischen. Identitätsangebote sind hier leicht und bequem zu finden, denn es gibt kaum eine Entität, die von ihrem Zweck her so sehr darauf aus ist, die Emotionen ihrer Angehörigen zu mobilisieren und zu fesseln wie die Nation. Sie ist, um es mit den Worten von Eric Hobsbawm zu sagen, die «grosse Ideologieschleuder», in deren Kräftefeld wir stehen.

Ob nun als wirtschaftliches Subjekt, als Angehöriger eine bestimmten Kultur oder Ethnie, als Mitglied einer religiösen Gruppierung, als Angehöriger eines Landes – die Angebote zu Schaffung und Erhalt von Identität und Zugehörigkeit sind weitläufig.

Wo aber bleiben die ***Bürger***, verstanden im Sinne von Otfried Höffe als Subjekte, die sich nicht einfach nur «zugehörig» fühlen, sondern ihre Zugehörigkeit als «Verantwortlichkeit» verstehen – als Menschen, die sich «zu Bürgern im empathischen Sinn, zu Staatsbürgern, die ihr Gemeinwesen aktiv mitgestalten» wandeln? Eine Bürgerin oder ein «Citoyen», die erkennen, dass Gemeinschaft nicht ein für allemal erworben ist, sondern in allen Sphären, im Lokalen, im Nationalen, im Globalen, einer ständigen Teilhabe bedarf, damit «Liberalität und Demokratie» florieren? Eine Teilhabe, die sich von der Einsicht lenken lässt, dass Gemeinschaft mehr ist als ein Angebot zur Identität, sondern etwas, das immer neu erschaffen werden muss, weil es nie da war, «von Anfang an»?

Der Globale Citoyen

Er lebt seit acht Jahren in der Schweiz, ist mit einer Schweizerin verheiratet und doch innig verbunden mit seinem Dorf in der Nähe von Gao, im westafrikanischen Land Mali.

Er hat in Gao und in der Hauptstadt Bamako die Schulen besucht, hat sich früh für Englisch interessiert, obwohl die offizielle Sprache seines Landes Französisch ist. Als hervorragender Mittelschüler erhielt er ein Stipendium für ein Studium in der USA. Dort machte er eine universitäre Karriere mit Schwerpunkt afroamerikanische Literaturwissenschaft. Doch irgendwann wollte er wieder heim, in die Heimat, kehrte nach Bamako zurück, lernte dort seine heutige Frau kennen.

Die Schweiz war ihm nicht sofort vertraut.

Es brauchte Zeit, bis er es schaffte, mit seinem breiten Wissen an der Universität anerkannt zu werden. Man war zu Beginn reserviert gegenüber diesem Wissenschaftler mit so vielfältigen Bezügen. Doch er hielt an seinen Projekten fest, schrieb einen Roman, suchte den Kontakt zu intellektuellen Kreisen an seinem Wohnort. Als sein Sohn auf die Welt kam, öffneten sich weitere Türen, Bekanntschaften im Quartier, später im Kindergarten.

Heute ist er an vielen Orten engagiert.

Er setzt sich für die Anerkennung der afrikanischen Immigranten in der Schweiz ein, war Mitglied einer Delegation, die beim damaligen Bundesrat Christoph Blocher vorstellig wurde, um gegen die Ausgrenzung der Afrikanerinnen und Afrikaner in der Schweiz zu protestieren. Er ist einer, der ins Netzwerk der afrikanischen Diaspora fest eingebunden ist.

Nebstdem engagiert er sich für seine Muttersprache, das Songhay, und arbeitet, finanziert von der Europäischen Union, an einer Website auf Songhay, die den Menschen zuhause dazu dienen soll, sich auch in komplexen, modernen, technischen Zusammenhängen in ihrer eigenen Sprache auszudrücken. Bei diesem Projekt ist er international vernetzt, und seine Plattform ist das Internet. Er arbeitet aber auch an der Herausgabe alter Schriften in seiner Heimat und lehrt über afrikanische Mythen an der Universität.

Fragt man ihn, wo sein Engagement am grössten ist, kommt er in Verlegenheit – momentan arbeitet er an der Vorbereitung eines internationalen Wissenschaftlerkongresses in seiner Heimatstadt; und engagiert sich zugleich in der Schule, die sein Sohn mittlerweile besucht.

3 Von Bürgern, Citizens und Citoyens

Der Bürger, im ursprünglichen Sinn verstanden, betrat die Bühne der Geschichte als exklusiver Teilhaber.

Seine erste Ausformung in der griechischen Demokratie gibt ihm (so die Definition von Aristoteles) das Recht zur «Teilhabe am Richten und an der Herrschaft», er ist ausgestattet mit ausgewählten Zugängen zur Macht. Gleichzeitig aber ist diese «Teilhabe» einem beschränkten Kreis griechischer Männer vorbehalten, den Angehörigen jener Volksversammlungen, die über alle wichtigen Fragen der Polis entscheiden. Der Zugang zum ***Bürgerrecht***, also zur Berechtigung, die Rechte als Bürger auszuüben, unterstand von Anbeginn einer strikter Kontrolle der begüterten, freien, aristokratischen, ansässigen Männer der Polis – nicht jeder soll die Entscheidungsbefugnis über das Gemeinwesen erhalten.

Der Bürger als exklusiver Teilhaber, daran änderte sich lange nichts, auch nicht in der römischen Antike.

Dort allerdings wurde die ***Bürgerschaft*** um eine Dimension erweitert, die auch heute noch eine wichtige Rolle spielt – Bürgerschaft kann erworben werden, und zwar durch die Erfüllung bestimmter, klar definierter Kriterien. Damit wird Bürgerschaft früh schon und bis heute zu einem Mittel der Politik, zu einer Handhabe im Spannungsfeld von Teilhabe und Ausschluss (als Caracalla im Jahr 212 mit der Constitutio Antoniniana allen Einwohnern des römischen Reichs das Bürgerrecht verlieh, ging es ihm auch darum, mehr neue Legionäre rekrutieren zu können). Besonders ausgeprägt erscheint dieses System der Verleihung von Bürgerschaft im Mittelalter, mit der Kopplung von Bürgerschaft an Grundeigentum und Vermögen: Wer Grund und Boden verliert oder armengenössig wird, verliert den Status als Bürger. Hier zeigen sich bereits deutlich die disziplinierenden, kategorisierenden Elemente von Bürgerschaft, die im Nationalstaat zum Kernelement der Bürgerrechtspolitik werden. Wer sich für die Aufnahme in die Bürgerschaft einer bestimmten Nation bewirbt, muss klaren Anforderungen genügen.

Doppelte Funktion des Bürgerrechts

So erfüllt das Bürgerrecht über die Jahrhunderte und bis heute eine doppelte Funktion, schreiben die Autorinnen des Projekts «Staatsbürgerschaft» des Nationalen Forschungsprogramms 51 in ihrem Schlussbericht. Es dient «der politisch-kulturellen Konstruktion des nationalen Raums und verweist auf die dafür mobilisierten Konzepte und Praktiken». Anhand der Auseinandersetzungen um das Bürgerrecht werden zentrale Werte des «Nationalen» verhandelt, und deshalb ist das Bürgerrecht ein privilegierter «diskursiver Ort der Auseinandersetzung» über Vorstellungen vom Nationalen. Das Bürgerrecht dient aber auch als «juristisch-administratives Mittel zur Ordnung des Sozialen, indem es für eine ganze Reihe von Bereichen wie etwa die soziale Fürsorge die staatsbürgerlichen Rechte» den Zugang regelt, und zwar «aufgrund von zeitabhängigen sozialen, ethnischen, geschlechtsspezifischen und anderen Merkmalen». Das Bürgerrecht orientiert sich damit an der Ausrichtung der Subjekte «an der Norm».

Für den ***schweizerischen*** Zusammenhang ist die enge Verbindung zwischen ***Gemeindebürgerrecht*** und ***Staatsbürgerschaft*** von Bedeutung.

Ausgangspunkt für diese spezifische Art der Verleihung von Zugehörigkeit war, wie die Historikerin Regula Argast herausarbeitet, die obligatorische Armenfürsorge im 16. Jahrhundert, als die Gemeinden verpflichtet wurden, für die ihnen zugehörigen armengenössigen Bürger zu sorgen. Der Wille zur Einbürgerung neu Zugezogener war unter diesen Voraussetzungen bis weit ins 18. Jahrhundert hinein denkbar gering. Erst im Zuge der Neuordnung der Zuständigkeiten im Bundesstaat des 19. Jahrhunderts und mit der Ablösung zentraler Funktionen durch die Einwohnergemeinden kam es zu einer neuen Dynamik. Das Bürgerrecht, in der Regel nach dem ius sanguinis, also nach der Abstammung verliehen, geriet in den Fokus nationaler Diskurse, die sich in der Schweiz nach dem Ersten Weltkrieg rund um den Begriff der «Überfremdung» gruppierten. Die Zurückhaltung bei der Verleihung der Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung ist seither eine Konstante schweizerischer Ausländerpolitik, und die Debatten darüber, ob man die Zahl der Ausländer durch Einbürgerung reduzieren soll (oder Ausländer gerade durch hohe Hürden abschrecken muss), gehört zum umstrittenen Feld helvetischer Identitätsfindung.

Stets ging und geht es um die Frage, wer zur Teilhabe an den staatlichen Angelegenheiten zugelassen werden soll.

Denn dieser Bürger (erst später: diese Bürgerin) erscheint von Beginn an als ein aktives Subjekt, als ein «zoon politikón», das sich einmischt, sich einbringt, an den öffentlichen Angelegenheiten partizipiert, diese mitgestalten will, durchaus in seinem eigenen Sinn. Der Bürger war und ist stets auch gedacht als ein aufmüpfiges, als ein eigensinniges Wesen, das sich in der res publica auf spezifische, manchmal auch unbequeme Art bemerkbar macht – kurzum: Mit dem Status als Bürger verbunden ist auch die aktive Rolle des ***Citoyen***.

Citoyenneté – aktive Teilhabe und Präsenz in der Öffentlichkeit

Der französische Philosoph Etienne Balibar hat auf die eigentümliche Unterscheidung zwischen «Mensch» und «Citoyen» in der «Déclaration des droits de l'homme et du citoyen» im Jahre 1789 hingewiesen. Zwischen den «Menschenrechten» und den «Bürgerrechten» herrscht denn auch seither ein Spannungsfeld, das dadurch gekennzeichnet ist, dass die Menschenrechte für alle gelten sollen, die «Bürgerrechte» hingegen nur für die «Citoyens». Paradoxerweise blieben in der französischen, politischen Tradition doch die Menschenrechte im Zentrum dessen, was den «Citoyen» ausmacht, erhalten: Die Citoyenneté bedeutet nämlich mehr als nur der «Status» als «Staatsbürger». Es geht insbesondere um eine aufmerksame, partizipative, aktive Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten, die sich von der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit und der persönlichen Freiheit ableitet.

Citoyenneté also

- ist durchsetzt mit den ***wesentlichen Elementen der allgemeinen Menschenrechte*** und nicht, wie in den Diskussionen rund um «Staatsangehörigkeit», als ein Mittel zum Einschluss oder Ausschluss; Citoyenneté, so heisst es denn auch auf der offiziösen Website www.vie-publique.fr «definiert sich heute wohl eher durch eine ***bürgernahe Haltung*** und durch eine ***aktive und alltägliche Teilhabe an den öffentlichen Angelegenheiten*** als durch einen legalen Status, der auf die Nationalität zurückgeht»;

- ist eine ***Haltung, eine Form der Partizipation, die nicht an einen besonderen legalen Status gebunden sein muss***; vielmehr soll jeder und jede im Rahmen der Legalität das Spektrum der Rechte und Handlungsmöglichkeiten in Anspruch nehmen, um berechtigte Anliegen zu formulieren und gegebenenfalls auch einzufordern; um sich mit anderen zusammenzuschliessen, Foren zu nutzen, Netzwerke zu bilden, Wissen auszutauschen;

- ***unterscheidet*** sich im Sinn von Etienne Balibar ***von der Bürgerschaft im engeren Sinn***, die als «volle Ausübung der politischen Rechte» daherkommt; sie ist in einem «breiteren Sinn» die «kulturelle Initiative oder effektive Präsenz in der Öffentlichkeit»;

- geht in ihrer ***Verpflichtung auf die republikanischen Tugenden und Pflichten*** weiter als beliebige Formen von Aktionismus, von spontanen öffentlichen Aktionen, Protesten, obwohl auch diese Ausdruck von Citoyenneté sein können.

Damit geht das Konzept der Citoyenneté weiter als der Begriff der ***Bürgerschaft***, mit der primär Handlungsmöglichkeiten innerhalb des legalen Status als Bürger, also als Angehöriger eines Gemeinwesens, definiert werden. Traditionell umfasst die Bürgerschaft im Kern die Gesamtheit der Angehörigen einer Gemeinde (unter Ausschluss derjenigen, die diesen legalen Status nicht besitzen). Allerdings hat sich in letzter Zeit unter dem Begriff der ***aktiven Bürgerschaft*** ein neuer Ansatz herausgebildet, der mit der Citoyenneté vergleichbar ist – auch hier geht es um die vielfältigen Formen der Partizipation unabhängig vom legalen Status, auch hier geht es um die aktivierende Rolle von «Bürgerschaft».

Citizenship – Bürger werden oder Bürger sein

Stark beeinflusst sind die Citoyenneté und auch die aktive Bürgerschaft von den Diskussionen im angelsächsischen Raum, wo der Begriff der ***Citizenship*** länger schon über den legalen Status hinaus auch auf die ***Partizipation in öffentlichen Angelegenheiten*** verweist. Dies auch vor dem Hintergrund einer alten Tradition des Erwerbs der Staatsangehörigkeit durch das ius soli, also durch die Geburt – man wird also in den meisten angelsächsischen Ländern Bürger durch Geburt im Land, und es bedarf damit, gerade für die Migranten der zweiten Generation, nicht des gesonderten Nachweises einer Integration oder gar Assimilation. Dadurch ergibt sich eine Situation, in der zahlreiche Menschen mit diversem, durchaus auch fremdem kulturellen Hintergrund, zu Bürgern werden. Umso dringender stellt sich dann die Frage, wie diese de-iure-Bürger und Bürgerinnen auch zur aktiven Partizipation an den öffentlichen Angelegenheiten motiviert werden können.

Die Differenz zwischen Status und tatsächlicher Teilhabe ist für die konkrete Ausgestaltung, wie Citizenship verstanden werden kann, auch hier bestimmend.

So unterscheidet der Soziologe Angus Stewart zwischen einer «staatlichen Bürgerschaft» und einer «demokratischen Bürgerschaft». Erstere hat mit dem legalen Status und der Anerkennung in einem Nationalstaat zu tun, das zweite mit der gemeinschaftlichen Teilhabe von Bürgern als «politischen Akteuren, die politische Sphären mit prägen (konstituieren)». Kymlicka und Norman differenzieren zwischen «Bürgerschaft-als-legaler-Status» versus «Citizenship-als-wünschbare-Aktivität», und Castles und Davidson unterscheiden die beiden Konzepte in Begriffen von Zugang zu Bürgerschaft («ein Bürger werden») und substanzieller Bürgerschaft («ein Bürger sein»). Generell gilt, dass sich um den Begriff des «citizen» ein reiches, durchwegs präzises Instrumentarium herausgebildet hat, mit dem die angelsächsische Sozialwissenschaft die verschiedensten Ausprägungen von Citizenship zu beschreiben versucht:

- Die «denizens», die «denied citizens», sind Immigranten mit legalem Status, die sich legal in einem Land niedergelassen haben, die aber noch nicht eingebürgert sind. Sie haben identische sozioökonomische und zivile Rechte wie Bürgerinnen und Bürger, wohl auch kulturelle und soziale Rechte, die identisch sind, warten aber auf die formale Anerkennung.

- Die «margizens», die «marginalized citizens», sind Menschen, die keinen legalen Bürgerstatus haben, aber doch bestimmte Rechte besitzen. Zum Beispiel können die Kinder zur Schule gehen, auch wenn die Eltern Sans-Papiers sind, oder es können Kinder von Sans-Papiers den Zugang zu Lehrstellen erhalten.

- Die «netizens», die «net citizens» sind eine neue Form von Migranten, die namentlich das Internet als den Ort ihrer «citizenship» betrachten, die sich also in Foren, Chatrooms, in Twitter und Facebook über ihre Anliegen austauschen und sich somit, ganz und gar unabhängig vom legalen Status des jeweiligen Wohnorts, in einer neuen «Bürgerschaft» wiederfinden, derjenigen des Internets.

Gemeinsam ist diesen Konzepten von Citizenship ihre Offenheit.

Die Konzepte gehen davon aus, dass «Zugehörigkeit durch Citizenship» keine Frage des einmal zugeschriebenen Status ist, sondern eine Frage der eigenen, selber erworbenen und selber ausgeübten Tätigkeit in einem öffentlichen Raum. Man «wird» zum «citizen», indem man «als Handelnder in der politischen Sphäre» auftritt, wie die Ethnologinnen Deborah Reed-Danahay und Caroline B. Brettell in der Einführung zu einer weit gefassten Untersuchung zur Migration in den USA und in Europa schreiben. Man bleibt auch nicht ein «citizen» an nur einem Ort, sondern man kann sich sowohl als Mitglied einer Schulbehörde einbringen wie auch als Angehöriger einer national tätigen Nichtregierungsorganisation, einer «advocacy group». Man kann sowohl «netizen» sein wie auch engagierter Mitarbeiter einer Quartiersgruppe, die sich um die sprachliche Förderung von Neuzugezogenen bemüht.

Dabei steht die «Integration» in die Mehrheitsgesellschaft, verstanden als die weitgehende Übernahme von Werten und Normen durch die Migrantinnen und Migranten, nicht im Zentrum der Diskussion. ***Der Begriff der Citizenship und auch der Citoyenneté steht im Kontext einer offenen, pluralen Konzeption von Gesellschaft, in der es Raum für Differenz gibt.*** Manche Gruppierungen und Individuen werden gerade dieses Recht auf Differenz ins Zentrum ihres Engagements stellen, betont der amerikanische Politologe Renato Rosaldo, sie stellen die Forderung «nach unterschiedlichen, distinktiven Rechten, nach Repräsentation und kultureller Autonomie, nach Formen, die sich von offiziellen oder unitarischen Modellen von Bürgerschaft unterscheiden». Aktive, interessierte, manchmal auch unbequeme «citizen» werden gerade den Assimilationsdruck, der sich hinter den Vorstellungen von «Integration» verbirgt, in Frage stellen – und sie werden damit zu neuen Akteuren in den aktuellen Debatten über die Frage, welches die Bedingungen sozialer Ordnung sind, ob ein hegemoniales, normatives Verständnis von Gesellschaft überwiegen soll, oder ein differentes, plurales und in diesem Sinne: offenes Verständnis.

Citoyenneté im schweizerischen Kontext

Damit sind auch die Herausforderungen des Konzepts von Citoyenneté oder Citizenship im ***schweizerischen Kontext*** umrissen.

Bislang hat sich die Schweizer Migrationspolitik nur in geringem Mass mit der politischen Partizipation ausserhalb des legalen Bürgerstatus beschäftigt. Auch die Frage der «aktiven Bürgerschaft» von Zugewanderten war bislang kein grosses Thema. Einzig politische Erfahrungen, die mit Ausländerinnen und Ausländern in Westschweizer Kantonen gemacht wurden, fanden Eingang in die Diskussion. Zudem gibt es immerhin eine breite Literatur zur Rolle der Immigrantenvereine in der Schweiz. Aber bislang wurde noch nicht darüber diskutiert, inwiefern sich die Idee der Citoyenneté (oder der Citizenship), also der «aktiven Bürgerschaft» auch von «Nicht-Bürgern» mit dem normativen Konzept der Integration verträgt.

Die Schnittstellen sind jedenfalls vorhanden.

Längst haben die fortschrittlichen, innovativen Integrationsleitbilder grösserer Städte und einiger Kantone den defizitorientierten Umgang mit Migrantinnen und Migranten durch einen «potentialorientierten» ersetzt. Unter «Potential» wird dabei nicht nur «Mehrsprachigkeit, besondere Fertigkeiten, kulinarisches Können, neue Ideen, Kreativität, Leistungswille, Lebenslust oder Karrierepläne» verstanden, sondern es wird auch der eigenverantwortliche Migrant vorausgesetzt. «Selbstverantwortliche Migrantinnen und Migranten», wie sie sich Integrationsverantwortliche ausdrücklich wünschen, sind der erste Schritt in Richtung eines Ansatzes, der Migrantinnen und Migranten auch als «Citoyens» versteht. Und wenn der Wille besteht, dieses Potential (oder diese Ressourcen) von Beginn weg durch Information und Bildung zu fördern und sozial, wirtschaftlich und kulturell zu «nutzen», durchaus auch nach dem Prinzip «Fördern und Fordern», dann sind die Türen offen für ein neues Verständnis von «Citoyenneté». Nach allen Seiten hin, wohlverstanden.

Die vernetzte Bürgerin

Sie stammt aus Anatolien, aus dem Osten der Türkei, und sie sagt: «Wäre ich nicht in die Schweiz gekommen, wer weiss – ich wäre jetzt wohl mit irgendwem verheiratet und würde auf dem Dorf leben.»

Heute arbeitet sie als Juristin in einer Versicherung, hat eine Karriere vor sich, und sie sagt auch offen, dass sie Karriere machen will. An einen zukünftigen Partner hat sie klare Ansprüche – er soll kochen, putzen, waschen können, er soll dereinst seinen Anteil an der Betreuung der Kinder übernehmen.

Sie sagt, dass sie der Schweiz dankbar sei für alles, was sie hier hat lernen können, und auch für die Freiheit, die sie geniesst. Dieses Land, betont sie, «sollte stolz sein auf seine Stärke, auf seine Integrationskraft». Für ihren Teil ist sie bereit, etwas zurückzugeben, etwas weiterzugeben. Indem sie sich engagiert im «Café Secondas», einem Projekt, bei dem junge Frauen der zweiten Generation ihre Erfahrungen austauschen, sich gegenseitig bestärken und Mut machen, ihren eigenen, selbständigen Weg zu gehen – Vernetzung untereinander statt Abhängigkeit, darum geht es. Denn nicht für alle ist es leicht, sich von den Vorstellungen, die zuhause herrschen, zu lösen – in vielen Familien herrschen noch althergebrachte, traditionale Vorstellungen der Rolle der Frau. Mancher jungen Frau wird eine gute Ausbildung verweigert, andere sehen sich mit Heiratsforderungen konfrontiert.

Hier möchte das «Café Secondas» Hand bieten. Einmal im Monat treffen sie sich, die Frauen vom «Café Secondas», tauschen sich aus, überlegen sich, wie sie die Projekte vorantreiben können. Die öffentlichen Veranstaltungen, die regelmässig stattfinden, sind das eine; das andere ist ein Projekt, um gezielt Secondas im Studium und in der Ausbildung zu unterstützen. Weiter planen die jungen Frauen vom «Café Secondas», gezielt das Gespräch mit Politikerinnen zu suchen, um auf die Anliegen, die sie beschäftigen, aufmerksam zu machen.

«Vernetzung», sagt sie, «ist alles».

Und wichtig sei, dass man in den öffentlichen Debatten auf die Secondas aufmerksam mache, betont sie weiter, «denn wir sind die Zukunft – wir haben Einblick in verschiedene Kulturen, wir haben Power, und wir sind Frauen».

4 Orte der Einmischung

Die Orte, die Migrantinnen und Migranten heute durchlaufen, die Orte, an denen sie ankommen, sind so vielfältig wie ihre soziale Herkunft und ihre Kultur, ihre Bildung, die Arbeit, die sie ausführen. Auch die Verhältnisse im Land selber haben einen Einfluss darauf, ob jemand einen «Ort», einen Anknüpfungspunkt für sich finden wird.

Entscheidend ist, wie jemand seine Zugehörigkeit definiert, ob man sich am Ort, wo man wohnt, als «Citoyen» fühlt oder ob man seine Identifikation und damit auch seine Zugehörigkeit anderswo findet. «Transmigranten», schreibt der Ethnologe Paul Silverstein, sind solche, die sich kulturell und sozial an einem anderen Ort orientieren als dort, wo sie leben, während «Hybride» zwischen zwei verschiedenen Kulturen und oft auch zwischen zwei verschiedenen Orten stehen. Manche werden überhaupt stets an dem Ort «verharren», von dem sie stammen, und kaum je einen Schritt in die Aufnahmegesellschaft tun – Integration ist in diesem Fall schwierig.

Fraglich ist, ob «Citoyenneté» im Sinne einer aktiven, interessierten Bürgerhaltung auch ohne expliziten Ortsbezug möglich ist, ohne eine bestimmte Nähe zum Lebensmittelpunkt, zum Wohnort, zur Gemeinde, zum Quartier; ob es möglich ist, ein «Citoyen» zu sein, wenn man im Aufnahmeland zwar arbeitet, eine Familie gründet, aber das ganze Interesse dem Heimatland zuwendet, der Familie im Ursprungsland. Denn oft mischt man auch in dortigen politischen Angelegenheiten mit, orientiert sich dabei anhand der Medienprodukte «von zuhause». Eine «diasporische Citoyenneté» wäre das, durchaus eine Form der aktiven Einmischung, aber nicht im Aufnahmeland, sondern im Herkunftsland. Und wie ist das mit denjenigen, die als gut bezahlte «flexible Citoyens» eines multinationalen Konzerns jeweils nur für ein paar Jahre im Land sind, sich in einem sozialen und kulturellen Umfeld zwischen Arbeitsort (im Konzern), Clubs von Gleichgesinnten (vom Konzern vermittelt) und internationalen Schulen für die Kinder (ebenfalls vom Konzern organisiert) bewegen? Sie werden vor Ort ebenso wenig eine Anknüpfung finden, wie die «netizens» mit ihrer Orientierung auf ihre «Internet community». «Citoyenneté» in diesem Sinne braucht also nicht zwingend einen Ort.

Citoyenneté aufgrund eines lokalen Bezugs

Für den nationalen, migrationsbezogenen Rahmen gehen wir jedoch davon aus, dass die «Citoyenneté» einen örtlichen Ansatz braucht, einen «sozialen Raum», in dem sich diejenigen Kontakte ergeben können, die in einer Demokratie für Mitsprache und Mitgestaltung unerlässlich sind. So gesehen braucht «Citoyenneté»:

- die Zugehörigkeit zu einem ***Gemeinwesen***, wobei offen bleiben kann, um welches es sich handelt: Eine Gemeinde ist denkbar, aber auch die Zugehörigkeit zu einem Quartier oder einer Institution wie etwa der Schule;

- den Bezug zum ***Wohnort***, also die klare Orientierung des Lebens auf den Lebensmittelpunkt vor Ort.

Aber weder Zugehörigkeit noch Orientierung sind einfach da. Beides entspringt einem beidseitigen Prozess, in dem die Aufnahmegesellschaft eine ebenso wichtige Rolle spielt wie die Migranten selber, und in beiderlei Hinsicht sind vermittelnde, integrierende und auch motivierende Instanzen wichtig. Auf der Seite der Migrantinnen und Migranten spielen, wie die Forschung verschiedentlich hervorgehoben hat, die ***Migrantenvereine*** eine bedeutsame Rolle. Sie stehen an der Schnittstelle der Bewahrung kultureller Muster und Werte, die durchaus auch «konservierend» wirken können. Sie sind aber auch der Ort, an dem Zugehörigkeit zum Aufnahmeland hergestellt wird, weil in den Vereinen die Verantwortlichen oft die Rolle von Helfern, von Vermittlern übernehmen. Migrantenvereine sind aber auch der Ort, an dem Debatten geführt werden – zu den Fragen der eigenen Kultur oder Herkunft, aber ebenso oft auch zu Fragen der Aufnahmegesellschaft. Insofern tragen Vereine «auch zur Bildung von neuen Identitäten bei, die sich in der erweiterten Gesellschaft verbreiten», wie dies in der Studie von Laurent Matthey und Béatrice Steiner «Wir, ich – die anderen» zum Ausdruck kommt. Sie sind der Ort, an dem transkulturelle Prozesse stattfinden, an dem Gesellschaften neu erfunden und interpretiert werden, an dem man sich «gegenseitig verständlich» macht.

Dieselbe Brückenfunktion können aber auch ***Vereinigungen generell*** haben, von Gewerkschaften über Interessengruppierungen hin zu Bürgerinitiativen, auch dann, wenn sie durchaus partikulare Interessen vertreten. Vereine erfüllen die Funktion als Lernort für demokratische Mitbestimmung. Sie sind der Ort, an dem Pluralität und das Spiel von Mehrheiten und Minderheiten gelernt werden kann, sie sind der Marktplatz für die «Citoyenneté».

Allerdings nur, wenn auch die Gegenseite ein Mass an Offenheit anzeigt.

Denn in einer Gesellschaft, in der die Mehrheitskultur eifersüchtig ihre Privilegien verteidigt und den Zugang zur Öffentlichkeit, zu öffentlichen Räumen, zu Debatten und Diskussionen einzig den «Einheimischen» gewährt, führt eine solche Haltung bei den aktiven «Citoyens» und «Citoyennes» ohne Schweizer Pass rasch einmal zum Gefühl des Ausgeschlossenwerdens. Es genügt, wenn man die Erfahrung macht, dass man auf formale Voraussetzungen von «Bürgerschaft» zurückgeworfen wird, noch bevor die Anliegen gehört werden. Dies kann ein tiefes Gefühl der Frustration herbeiführen. Manche werden nicht ein zweites Mal versuchen, sich Gehör zu verschaffen. Und schon hat man ein paar willige, interessierte Gesprächspartner weniger.

Rahmenbedingungen für Partizipation

Ob die Voraussetzungen für eine ***Öffnung*** in städtischen oder in ländlichen Gebieten eher vorhanden sind, entscheidet sich entlang der Frage, welche Formen der Partizipation in öffentlichen Angelegenheiten in den jeweiligen Räumen eher ausgeprägt sind. Ländliche Räume, so ist anzunehmen, werden sich eher auf den traditionellen Standpunkt stellen, dass Mitwirkung und mithin auch die Demokratie eine Angelegenheit der Einheimischen ist, also auch der Bürgerinnen und Bürger. Die Grenzziehung zwischen den Partizipationsberechtigten und den Ausgeschlossenen erfolgt nach den formalen Kriterien der Staatsangehörigkeit.

In den urbanen Zentren und Agglomerationen hingegen werden sich, und das bestätigen internationale Forschungen zum Thema, eher Formen von Partizipation durchsetzen, die alle Betroffenen zu Wort kommen lassen, unabhängig vom formalen Erfordernis der Staatsbürgerschaft. Als «Citoyen», folglich auch als Mitspracheberechtigter, wird gelten, wer von einem Entscheid oder einem Ereignis «betroffen» und somit auch angesprochen ist, und wer sich zu dieser Frage äussern kann. Hier also gilt das Prinzip, dass Demokratie ein offener Prozess ist, an dem alle Interessierten teilhaben können.

Ungeklärt aber bleiben muss, welche Folgerungen für die urbane Landschaft der Schweiz zu ziehen sind; einer Landschaft, die über breite Landstriche vor allem als ein grosser Agglomerationsraum und weniger als ein spezifisch ländlicher oder urbaner Raum wahrgenommen wird. Die Agglomeration, so eine Studie der EPFL von 2002, führt zu einem fragmentierten Raum, zu zerstückelten Behördenstrukturen, und so ist das Bild der Stadt als «einer räumlich integrierten, sozialen und politischen Einheit» definitiv Vergangenheit. Die Agglomeration, schreiben die Autoren der Studie, ist der Ort, an dem die Austauschbarkeit des Lebensraums grösser ist, während in den städtischen Kernen sich die Bevölkerung «deutlich stärker mit ihrer Wohngemeinde verbunden fühlt». Damit sind die Voraussetzungen für einen stärkeren Einbezug auch derjenigen, die formal nicht «zu uns» gehören, gegeben.

Sind die Hürden einmal genommen, wird vieles einfach.

Denn der «Citoyen» und die «Citoyenne» sind überall, tauchen überall auf, als neugierige, interessierte Mitbürgerinnen, an Schulversammlungen ebenso wie an Quartiersversammlungen, an Vereinsabenden ebenso wie an Gewerkschaftsversammlungen, an Kuchenständen ebenso wie an Redaktionssitzungen der Quartierzeitung, bei Unterschriftensammlungen ebenso wie bei Vereinsfesten.

Wenn die Gesellschaft es nur zulässt.

5
Citoyenneté als Partizipation

Ein Gespräch mit Gianni D'Amato, Professor an der Universität Neuchâtel und Leiter des Schweizerischen Forums für Migrations- und Bevölkerungsstudien

Gianni D'Amato, die Partizipation von Migrantinnen und Migranten am politischen Prozess in der Schweiz ist schon länger ein Thema. Vor allem das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer wird immer wieder diskutiert, selten aber umgesetzt. Ist nun das Konzept der «aktiven Bürgerschaft», der «Citoyenneté» ein Ausweg?

Wenn wir einen Blick in die Geschichte wagen, dann wird klar, dass das Thema «Partizipation» in der Migrationspolitik stets unter verschiedenen Aspekten diskutiert wurde. Bis in die Siebzigerjahre hinein, und unter dem Eindruck sozialistischer Vorstellungen, stand die Partizipation am Arbeitsplatz im Zentrum, oder genauer gesagt: die Stellung des Migranten in der Arbeiterbewegung. Das änderte sich in den Achtzigerjahren mit den Bürgerbewegungen in Osteuropa, als das Thema «Citizenship» aufkam. Das beeinflusste auch die Diskussion über die Migration bei uns. Es wurde auch bei uns diskutiert, wie Migrantinnen und Migranten an den politischen Prozessen teilhaben können, nicht nur, um ihre Position zu stärken, sondern auch aus Gründen der demokratischen Legitimität. Denn ein demokratisches System kommt bald an die Grenzen der Legitimität, wenn mehr als 20 Prozent der Bevölkerung nicht an den politischen Entscheidungen partizipieren können, weil sie davon strukturell ausgeschlossen sind. Besonders in der Westschweiz setzte daraufhin eine Trendwende ein, indem man erkannte, dass Migrantinnen und Migranten, unabhängig ihres Status, eigene Kompetenzen besitzen, die sie als Einwohnerinnen und Einwohner unserer Gemeinden einbringen können, auch, wenn sie nicht formal zur «Bürgerschaft» gehören.

Kompetenz, die Fähigkeit zum Mitgestalten, zum Mitreden – das steht also im Zentrum auch von «Citoyenneté»?

Auf jeden Fall – jeder und jede bringt Problemlösungskompetenz mit, auch aus dem eigenen sozialen und kulturellen Hintergrund, sei es nun im Elternverein, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz, im Verein. Daraus entsteht Teilhabe, auch wenn sie nicht als politische Partizipation daherkommt. Denn hier sind viele Varianten möglich, viele Formen der Auseinandersetzung an vielen Orten. Die Partizipation im Kleinen war im Übrigen die Art und Weise, wie sich die Schweiz als Gesellschaft im 19. Jahrhundert demokratisiert hat. Und doch dürfen wir die formelle Anerkennung als «Bürger», etwa durch Einbürgerung oder durch Gewährung von Stimm- und Wahlrecht, nicht ausser Acht lassen.

Warum?

Weil es hier um symbolische und um praktische Fragen zugleich geht. Die Anerkennung als «Bürger» im formellen Sinn heisst, dass ich von einem bestimmten Land anerkannt werde, dass ich zugehörig bin, und es bedeutet auch Sicherheit – das ist die praktische Seite – etwa durch den Schutz vor Ausweisung, durch einen gesicherten Status, durch einen gemeinsamen Bleibehorizont.

Braucht die Partizipation nach dem Grundsatz der «Citoyenneté» auch so etwas wie einen gemeinsamen Wertekanon, in dem Sinne, dass Mehrheitsgesellschaft und Migranten bestimmte Werte teilen?

Ich bin da vorsichtig, weil die Wertediskussion historisch belastet ist, weil da ein konservierendes, pessimistisches Weltbild mitschwingt. Und wir leben ja in einer Zeit der Superdiversität, in der die Lebenskonzepte, die Lebensformen in alle Richtungen schiessen. Da würde ich lieber von Spielregeln sprechen, von Haltungen – Toleranz wäre da zu nennen, oder eine Kultur des Zuhörens, des Mitdenkens, der Aufmerksamkeit. Mit Sicherheit auch Respekt vor dem anderen als Person, und natürlich gelten die verfassungsmässigen Rechte und Pflichten.

Ist in diesem Sinne die Praxis der «Citoyenneté» auch ein Mittel zur Integration?

Die Diskussion ist so alt, wie es in der Schweiz eine Ausländerpolitik gibt: Was kommt zuerst, die Integration, und dann die Anerkennung als «Bürger»? Oder muss man erst einmal zugehörig werden, um sich integrieren zu können? Manche Staaten gehen diesen Weg, vor allem die anglophonen, die mit der Aufnahme in die Staatsbürgerschaft relativ offen sind und auf die integrative Wirkung dieses Aktes vertrauen. Die kontinentaleuropäische Tradition, insbesondere im deutschsprachi-

gen Raum, geht in eine andere Richtung – hier ist die Verleihung von Bürgerschaft eine Frage des Vertrauens, das man sich durch Integration zunächst erwerben muss. Persönlich bin ich der Ansicht, dass beides – die Anerkennung und die Integration – ein parallel laufender Prozess ist, bei dem auch in der sonst eher zurückhaltenden Schweiz erkannt wird, wie viel Potential in den verschiedenen Gruppen von Migrantinnen und Migranten steckt, und es keinen Sinn macht, diese über Generationen auszuschliessen. Andersrum impliziert Bürgerschaft auch eine Identifikation mit einer konkreten politischen Gemeinschaft. Bürger sein heisst auch, sich mit Vergangenheit und Zukunft einer Gesellschaft auseinanderzusetzen, in der man lebt. Dies gilt für Migranten wie für Einheimische. Entscheidend also ist die Abkehr von einem defizitorientierten Ansatz hin zu einem Ansatz, der auf ein Miteinander abzielt – da entstehen neue Reibungsflächen, neue Formen von Auseinandersetzungen mit und um Gesellschaft, und das ist produktiv.

Es kommt also auch auf die Haltung der Aufnahmegesellschaft an.

Ja, auf jeden Fall. Es braucht Räume, in denen es zu Begegnungen kommt, zu Auseinandersetzungen auch, zu Konfrontationen, warum nicht – da können wir vom Ausgang der Abstimmung über die Anti-Minarett-Initiative viel lernen. Manches hätte geklärt werden können, vieles hätte man anders betrachtet, wenn es da und dort zu realen Begegnungen und auch zu realen Konflikten gekommen wäre. Ich bin überzeugt, dass eine moderne, eine offene Gesellschaft und eine Demokratie wie die schweizerische viel aushält, mehr aushält jedenfalls, als wir meinen. Aber man muss den eigenen Weg zum anderen suchen und auch finden, man muss sich auch überwinden, und überhaupt einmal zu suchen beginnen. Wer meint, Integration sei gratis zu haben, gewissermassen ohne Konflikte, ganz reibungslos, der täuscht sich – eine Schweiz in Frieden und Harmonie ist ein Bild für den Ferienkatalog, mit der politischen Realität hat dies nichts zu tun.

Wo sehen Sie die Räume für solche Auseinandersetzungen?

Überall, vor allem in den Städten, in den urbanen Räumen. Kinder sind wichtig, Schulen sind wichtig, weil da Eltern ihre Kompetenzen in Sachen Erziehung austauschen, aber auch über Defizite und Mängel reden können – da gibt es Orte für Partizipation. Überall dort, wo es um elementare Interessen geht, ums Wohnen, um die Arbeit, um die Kinder – da ist Raum für Citoyenneté. Sich austauschen, miteinander reden, das ist jedenfalls etwas anderes, als wenn die Konflikte lediglich über die Medien ausgetragen werden, über Medien, die immer mehr die Rolle als stellvertretende Agenten von Gesellschaft übernehmen. Sie suggerieren Öffentlichkeit, indem sie Themen öffentlich machen, aber in Tat und Wahrheit entkoppeln sie die Gesellschaft von ihren Fragen und Auseinandersetzungen – hier kann Citoyenneté, die aktive Bürgerschaft, Gegensteuer geben.

Ein lokaler Citoyen

Er besitzt gemeinsam mit seiner Frau ein gut gehendes, kleines Treuhandbüro in einem typischen Arbeiterquartier. Sie sind beide Aleviten, gehören zu jener eigenständigen und liberalen Religion, den Alevismus, der in der Türkei noch immer diskriminiert ist. Dennoch zählen zu seinen Kunden nicht nur Aleviten – er ist Anlaufstelle für alle im Quartier, vor allem für die lokalen Geschäftsleute, die sich von ihm ihre Buchhaltung machen lassen.

Da hat er schon mal einen tiefen Einblick in die finanzielle Lage seiner Landsleute, muss zusehen, wie ältere Männer, von der Arbeit am Bau oder in der Fabrik verbraucht, sich einen Imbissstand, ein kleines Restaurant kaufen, für viel zu viel Geld; und dann sind sie überschuldet, zahlen eine viel zu hohe Miete. Da greift er ein, hilft, aus der Schuldenfalle herauszukommen.

Oder in der Familie: Wenn da die Erwartungen an die Kinder gross werden, allzu gross vielleicht, kommt es häufig zu Konflikten in der Familie. Der Erfolgsdruck gegenüber der zweiten Generation steigert sich manchmal ins Unermessliche, man drängt die eigenen Kinder geradezu zum Erfolg – und die kriegen mit ihren ausländischen Namen dann nicht einmal eine Lehrstelle. Da greift er ein, versucht zu vermitteln, zu erklären.

Er tut also viel mehr, als nur Buchhaltungen zu führen – er mischt sich auch immer wieder aktiv in die Auseinandersetzungen rund um die türkischen und kurdischen Communities im Quartier ein, und er vertritt die Interessen der alevitischen Gesellschaft mit Vehemenz und Verve.

Sein kleines Büro an der Quartiersstrasse, die Regale fein säuberlich mit Ordnern voll gestellt, ist mehr als nur ein Treuhandbüro; und sein Engagement geht viel weiter als die Zahlen reichen.

6 Kompetenz, Demokratie, Sichtbarkeit

Wer etwas zu sagen hat, soll sich äussern, und wer eine Idee hat, soll an ihrer Gestaltung mitwirken.

«Citoyenneté» – sie ist möglich im Rahmen der Quartiersarbeit, wenn es um die Mitsprache bei der Neugestaltung einer Strasse geht, sie ist möglich in der Schule, bei der Wahl in den Elternrat. «Citoyenneté» entsteht aber auch durch die aktive Teilnahme an Entscheiden in der Gemeinde, auf kantonaler Ebene, also überall dort, wo Migrantinnen und Migranten als Mitbürgerinnen und Mitbürger betroffen sind und sich angesprochen fühlen. Vielfältige Formen der politischen, öffentlichen Partizipation stehen auf allen Ebenen zur Verfügung, vom Petitionsrecht über die Durchführung von Veranstaltungen, von der Teilnahme an Podien hin zur Mitwirkung an Vernehmlassungen; auch dort, wo es um eidgenössische Fragen und Themen von internationaler Bedeutung geht, ist Mitsprache erwünscht und notwendig – nicht nur in der Migrationspolitik im engeren Sinne.

Aus der Mitsprache entsteht ein Gewinn für alle.

Denn «Citoyenneté» ist ein Prozess, bei dem auch Mitbürgerinnen und Mitbürger ohne schweizerische Staatsbürgerschaft einen Schritt an die Öffentlichkeit tun und dort aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen. «Citoyenneté» ist eine Form der Partizipation, bei der neue, bisher vielleicht verborgene Kompetenzen, Fähigkeiten zum Tragen kommen können. Kompetenzen, die sich Migrantinnen und Migranten im Herkunftsland erworben haben, Fähigkeiten aber auch, die im Land selber erworben wurden, bei «uns», also etwa berufliche, politische, kulturelle Kompetenzen. Und dazu zählen auch die persönlichen Begabungen und Talente eines jeden. Neue Fähigkeiten, die vielleicht just an der Schnittstelle zwischen dem eigenen, hergebrachten Erleben und den Erfahrungen in der Schweiz erworben wurden; aus einem Lernprozess heraus, den jeder und jede von uns macht, wenn er sich in einer anderen, fremden Welt wiederfindet.

So kann «Citoyenneté» eine Erfahrung von demokratischer Teilhabe, die ein pluralistisches, weltoffenes Land zu bieten hat, werden. Es ist zunächst einmal die Erfahrung, ***angehört*** zu werden. Dies jedoch nicht aus der paternalistischen Haltung der «Gutmeinenden» heraus, sondern weil es richtig ist, Interessierte und Betroffene breit zu Wort kommen zu lassen. Aber es geht auch um die Erfahrung, ***mitentscheiden*** zu dürfen, wenn es der Sache dient, weil es gut und sinnvoll ist, wenn sich möglichst viele, aus möglichst vielfältiger Perspektive einbringen; und ganz besonders, weil das Recht, als Betroffener von Entscheiden und Prozessen mitreden zu können, einen Kernbereich der Demokratie betrifft. So entstehen auch Lernprozesse, die zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den Zugewanderten zu neuen Erfahrungen führen können – mindestens zu dieser Erfahrung, dass Demokratie zwar immer auf formal zustande gekommenen Mehrheitsverhältnissen beruht, dass Demokratie aber nicht lebbar ist ohne Respekt vor den Minderheiten, ohne den Geist von Respekt oder ohne den Sinn für Gerechtigkeit.

Gerade dort, wo Menschen aus unterschiedlichen kulturellen und sozialen Hintergründen miteinander ins Gespräch kommen, sind Konflikte, auch hart geführte Debatten unvermeidbar. Aber sie sind zu bewältigen, wenn sich die Teilnehmenden an die demokratischen Tugenden halten. Unter diesen Vorzeichen ist «Citoyenneté» auch ein Lehrplatz für Demokratie – für diejenigen, die meinten, Demokratie längst verstanden zu haben, und für die anderen, die sich mit demokratischer Partizipation vielleicht erst einmal vertraut machen.

Nicht zuletzt:

Demokratie braucht Öffentlichkeit, und deshalb ist «Citoyenneté» auch eine Chance, um sichtbar zu werden, um herauszutreten.

Wenn an Veranstaltungen im Quartier nicht nur die «Einheimischen» das Wort führen, sondern auch die Zugewanderten ihre Meinung kund tun, wenn bei Diskussionssendungen am Radio und am Fernsehen nicht nur «einheimische» Experten zu Wort kommen, sondern auch solche, die ihr Wissen anderswo erworben haben, dann verändert sich in der Öffentlichkeit auch das Bild der real existierenden Schweiz; einer Schweiz, die eben längst ein vielgesichtiges Land geworden ist, ein Land mit vielen neuen Gesichtern und – das ist anzunehmen – mit vielen neuen Ideen.

7 Literatur

BALIBAR, Etienne (1992). Les frontières de la démocratie. Paris: La Découverte.

BAUMAN, Zygmunt (2001). Gemeinschaften. Auf der Suche nach Sicherheit in einer bedrohlichen Welt. Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag.

BOURDIEU, Pierre (1982). Die feinen Unterschiede, Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag.

ERDHEIM, Mario (1982). Die gesellschaftliche Produktion von Unbewusstheit: Eine Einführung in den ethnopsychoanalytischen Prozess. Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag.

FOUCAULT, Michel (1983). Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1, Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag.

HÄUSSERMANN, Hartmut (2005). Migranten und Urbanität, in: Gianni D'Amato, Brigitta Gerber (Hg..), Herausforderung Integration, Städtische Migrationspolitik in der Schweiz und in Europa, Zürich: Seismo, S. 133-142.

HOBSBAWM, Eric (1991). Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag.

HÖFFE, Otfried (2001). Aristoteles : Politik. Berlin: Akademie Verlag.

HÖFFE, Otfried (2004). Wirtschaftsbürger, Staatsbürger, Weltbürger – Politische Ethik im Zeitalter der Globalisierung. München: C.H. Beck.

KÜBLER, Daniel, Brigitte Schwab, Dominique Joye, Michel Bassand (2002). La métropole et le politique: identité, services urbains et citoyenneté dans quatre agglomérations en Suisse. Lausanne: EPFL-LASUR, no 3

KURY, Patrick (2003). Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900-1945. Zürich: Chronos.

MATTHEY, Laurent und Béatrice Steiner (2009). Wir, ich – die andern. Migrantenvereine und Identitätsbildung: eine Innensicht. Bern: EKM.

PETERS, Bernhard (1993). Die Integration moderner Gesellschaften. Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag.

REED-DANAHAY, Deborah, Caroline B. Brettell (2008). Citizenship, Political Engagement and Belonging: Immigrants in Europe and in the United States. London: Rutgers University Press.

SEN, Amartya (2006). Die Identitätsfalle, Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt. München: C.H. Beck.

SENNETT, Richard (1998). Der flexible Mensch: die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Siedler.

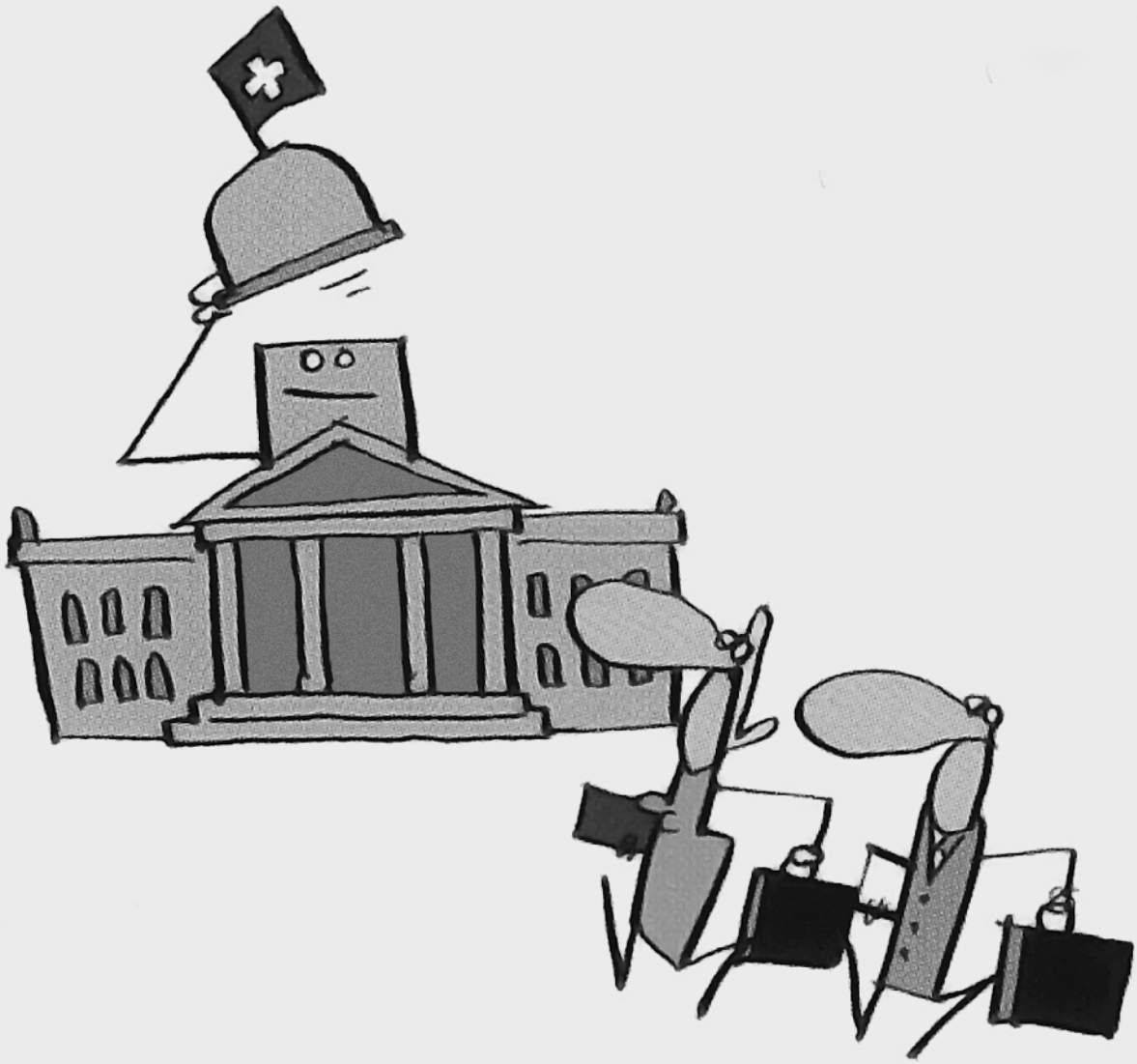
STUDER, Brigitte, Gérald Arlettaz, Regula, Argast (2007). Das Schweizer Bürgerrecht. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.

WODAK, Ruth, Rudolf de Cillia und al. (1998). Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag.

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Citoyenneté

Assumer son appartenance, sa participation et sa responsabilité



Commission fédérale pour les questions de migration CFM
Documentation sur la politique de migration

© 2010 Commission fédérale pour les questions de migration CFM

Auteur:
Christoph Keller

Rédaction
Simone Prodolliet, Sylvana Béchon

Traduction
Françoise Copponex, Genève

Page de couverture
© Mix&Remix/jeu Helvetic

Graphisme/impression
W. Gassmann SA, Bienne

Distribution
OFCL, Publications fédérales, CH-3003 Berne
www.bundespublikationen.admin.ch
Art.-N° 420.924.F

Commission fédérale pour les questions de migration
Quellenweg 6
CH 3003 Berne-Wabern
Tél. 031 325 91 16
www.ekm.admin.ch

Citoyenneté

Assumer son appartenance, sa participation et sa responsabilité

Christoph Keller

Octobre 2010

Documentation sur la politique de migration

Sommaire

AVANT-PROPOS **5**

1 ENTRÉE EN MATIÈRE **6**

2 COMMENT FAIRE PARTIE INTÉGRANTE D'UNE COLLECTIVITÉ? **7**
Le citoyen économique, le citoyen du monde, le citoyen 7
La force d'attraction de sa «propre culture» 8
La nationalité et la citoyenneté 9
Portrait: Le citoyen du monde 10

3 «BÜRGER, «CITIZEN», CITOYEN **11**
La double fonction du droit de cité 11
La citoyenneté – participation active et présence dans les affaires publiques 12
La citoyenneté – devenir citoyen ou être citoyen 12
La citoyenneté dans le contexte helvétique 13
Portrait: La citoyenne et son réseau 15

4 LES LIEUX DE PARTICIPATION **16**
La citoyenneté liée à un lieu particulier 16
Les conditions cadre de la participation 17

5 LA CITOYENNETÉ À TITRE DE PARTICIPATION **18**
Entretien avec Gianni D'Amato 18
Portrait: Un citoyen local 20

6 COMPÉTENCE, DÉMOCRATIE, VISIBILITÉ **21**

7 BIBLIOGRAPHIE **22**

Avant-propos

La Suisse est une société pluraliste et un pays qui, depuis plus d'un siècle, tire profit de l'esprit novateur et pionnier des étrangers. Si, avant la Première Guerre mondiale, les immigrés étaient rapidement admis au sein de la population autochtone, ce processus est aujourd'hui significativement plus long. Il existe aussi diverses conceptions de ce que signifie la participation politique et de qui doit disposer des droits politiques.

Aujourd'hui, 1,7 million de personnes d'origine étrangère vivent en Suisse, soit 22% de la population. La plupart d'entre elles sont parfaitement familiarisées avec les us et coutumes locaux: 860 000 d'entre elles vivent dans notre pays depuis plus de 10 ans et 350 000 sont même nées dans notre pays. Dans ce contexte, une question se pose: est-il opportun de continuer à exclure de la participation politique des personnes d'origine étrangère qui ont des liens étroits avec la Suisse?

La Commission fédérale pour les questions de migration CFM est d'avis que les personnes qui vivent depuis longtemps et qui se sont établies à long terme en Suisse devraient être reconnues comme citoyens. En tant que tels, ils devraient tous – là où ce n'est pas encore le cas à l'échelon communal ou cantonal – bénéficier de droits à la liberté et de droits à la participation politique. C'est pour cette raison que la CFM plaide en faveur d'un changement de perspective en faisant une déclaration en faveur de la «citoyenneté». En effet, il convient d'axer la réflexion non seulement sur l'extension au reste de la Suisse des droits de participation classiques dont jouissent les ressortissants étrangers dans quelques cantons et communes de notre pays, mais de redéfinir globalement la participation.

La CFM est d'avis qu'un débat sur la «citoyenneté» peut tout à fait ouvrir de nouvelles voies pour non seulement tenter de mieux mettre à profit et valoriser le potentiel et le savoir-faire des migrants qui contribuent à la prospérité de notre pays, mais aussi d'étayer plus largement que maintenant la légitimité de notre système démocratique. Le fait qu'environ un cinquième de notre population soit exclu de la participation politique ne peut être accepté à long terme. Il en va de la crédibilité de notre démocratie.

La présente publication se veut être une contribution qui réunit les différents aspects liés à la notion de «citoyenneté». Il s'agit de l'appartenance, la participation active, les droits et les obligations, la responsabilité, la visibilité dans la sphère publique. En abordant ce sujet, la CFM souhaite susciter un nouveau débat dans le discours sur l'intégration. L'idée est de capter les opportunités qui s'ouvrent lorsque des personnes de nationalité étrangère sont perçues comme des citoyens. En effet, non seulement les Suisses, mais aussi les immigrés s'intéressent à la manière dont se modèle la cohabitation dans notre pays et souhaitent apporter leurs compétences et leur savoir.

Francis Matthey, Président de la Commission fédérale pour les questions de migration

1 Entrée en matière

Il y a un an, lors de la réunion des parents de l'école primaire, Aysel Özakin, la mère d'un garçon de huit ans était assise au deuxième rang lorsque le maître de classe arriva au point de l'ordre du jour «Election au conseil de parents de l'école». Le maître expliqua que lors de l'élection, il fallait veiller à ce que les parents de garçons et de filles, mais aussi les parents d'enfants suisses et d'origine étrangère soient équitablement représentés. Aussitôt on vit se présenter le père d'une fillette, apparemment bien situé sur le plan professionnel, bien connu des autres parents, faisant preuve d'engagement pour sa fille, mais aussi pour les affaires de l'école.

Aysel Özakin, au deuxième rang, savait qu'elle pouvait apporter sa contribution au conseil des parents de l'école justement parce qu'elle connaît bien les réalités de certains enfants d'immigrés. Certains éprouvent des problèmes avec les devoirs. Non seulement en raison de la langue, mais aussi parce qu'ils ont du mal à trouver un endroit tranquille pour les faire à la maison, où il y a du bruit et souvent peu de place. Et lorsque les capacités de concentration font défaut chez les enfants, ils cèdent facilement à la tentation des jeux vidéo et des jeux sur Internet.

Mais à son tour, Aysel Özakin avait aussi un souhait: que l'on organise à l'école des cours dans la langue maternelle des enfants issus de l'immigration. Grâce aux expériences recueillies dans d'autres écoles, elle savait que les cours donnés dans la langue d'origine ont un effet positif sur le développement langagier et elle voulait porter cette proposition devant le conseil des parents.

Mais ce soir-là, à la réunion des parents, elle était assise au deuxième rang et n'osait pas lever la main.

Il est probable qu'Aysel Özakin ne se serait pas manifestée si la dame assise à côté d'elle, une voisine, une Suissesse, ne lui avait pas chuchoté: «Vas-y Aysel, c'est l'occasion.» Elle ne se serait toujours pas décidée si la voisine n'avait ajouté: «Je t'aiderai si nécessaire.»

Ainsi, ce soir-là, il y a un an, Aysel Özakin leva la main et fut élue à l'unanimité.

Sa demande de cours de langue dans la langue maternelle des enfants n'a pas encore abouti; mais elle a eu plusieurs entretiens constructifs avec la direction de l'école, et elle a bon espoir de réussir. Après son élection au conseil des parents, Aysel Özakin est entrée en contact avec de nombreux parents et, tout au long de cette année, elle a eu connaissance des conditions régnant dans maintes familles et des difficultés concernant la scolarité – cela, non seulement dans des familles de migrants. Parfois, cela lui rappelle son enfance et la dimension de son village. Aysel a apporté à son quartier ce qu'elle a appris dans son pays, à savoir faire quelque chose pour améliorer la situation précaire dans laquelle on vit et surtout prendre le temps de parler avec les gens. C'est ainsi qu'est née l'idée d'une aide commune pour faire les devoirs. L'idée de réunir les enfants pour qu'ils fassent leurs devoirs ensemble, pour qu'ils se soutiennent mutuellement et puissent demander conseil en cas de problèmes.

Aysel Özakin fait tout cela en tant que bénévole. En contrepartie, elle a fait connaissance de beaucoup de gens, des autochtones et des immigrés et maintenant, elle dispose d'un réseau.

Lorsque dans le quartier, un petit local se libéra au coin de la rue, Aysel suggéra que l'on y installe un petit centre de quartier avec quelques tables pour le groupe qui fait les devoirs, une petite bibliothèque et une possibilité de faire de l'espresso, du café au lait et du café turc. Cela suscita du scepticisme, mobilisa quelques opposants dans le quartier, mais à la fin du compte, Aysel Özakin put réaliser son idée, soutenue par ses nouvelles amies.

A l'occasion de l'ouverture du centre, le journal local titrait: «Le courage civique fait ses preuves» et l'on citait Aysel avec ces paroles: «L'exemple de notre nouveau centre montre que l'on peut réaliser beaucoup de choses quand on se lance, quand on s'engage pour la communauté.»

2 Comment faire partie intégrante d'une collectivité?

«Personne n'a toujours été là.»

La maxime occupant une position choisie à l'entrée de la nouvelle exposition permanente du Musée national suisse signale que l'appartenance n'est pas dans la nature des choses, qu'elle n'est pas non plus automatique, ni ne se met en œuvre à n'importe quel moment. Et la maxime le dit bien: l'appartenance est un processus qui s'acquiert au fil du temps, un processus continu qui ne s'achève jamais, au cours duquel l'individu ne peut pas se replier sur des positions assurées. Au contraire, comme le remarque le philosophe Zygmunt Bauman, l'appartenance est un état qui doit être recréé sans cesse, mais qui reste précaire, un désir «de communauté, parce que nous aspirons tous ardemment à la sécurité – l'une des conditions essentielles à une existence heureuse, qui fait de plus en plus défaut dans notre monde». Une quête d'autant plus ardue à assouvir que, loin d'être en recul, les facteurs d'insécurité sont plutôt en progression à l'ère moderne mondialisée.

C'est précisément en périodes d'insécurité, de menaces économiques, politiques, mais aussi écologiques, se manifestant à l'échelle mondiale, que l'appartenance crée l'identité dont nous avons besoin pour acquérir un sentiment de sécurité.

A partir de là naissent des chances, mais apparaissent également des dangers: d'une part, la chance de coopérer, de construire ensemble activement au sein d'une communauté, d'une société, la possibilité de se considérer comme partie intégrante d'une collectivité; d'autre part, et il suffit de jeter un coup d'œil dans la presse pour corroborer ce résultat, les collectivités et les appartenances ne se développent que trop fréquemment en collectifs tutélaires, dans lesquels l'individu renonce à la moindre parcelle d'individualité qui le rendrait capable de se remettre en question, lui et son environnement, de manière critique. Vue ainsi, l'appartenance reste une arme à double tranchant, logée entre ce que le psychanalyste Mario Erdheim a appelé la «production sociétale d'inconscient» et l'émancipation de la société. Dans ce sens, l'ambition d'appartenance n'est productive que si nous gardons présent à l'esprit que cette dernière reste constamment quelque chose de fait et quelque chose de voulu, mais qu'elle peut aussi faire naître de l'inconscient; et que nous comprenons dès lors que, dans un univers mondialisé, l'appartenance revêt de multiples facettes, parfois précaires, et que des appartenances acquises un jour ne sont pas forcément garanties à tout jamais.

A elle seule, la question posée: «D'où viens-tu?» peut déjà susciter un certain agacement.

L'un donnera son lieu d'origine et dira: «Je viens de Srebrenica», un autre indiquera peut-être le nom de la multinationale pour laquelle il travaille – ici, la réponse sera en l'occurrence: «Je travaille chez Roche.» Un autre encore indiquera tout simplement son domicile, indépendamment de son origine, et enfin une autre personne dira: «J'arrive de Seattle», parce qu'elle fait partie de celles et ceux qui dorment chaque nuit dans une ville différente, dans un hôtel différent.

Le citoyen économique, le citoyen du monde, le citoyen

A propos de la question d'une éthique politique à l'âge de la mondialisation, le philosophe Otfried Höffe distingue entre trois formes possibles de citoyenneté. Le citoyen économique, que l'on entend comme un sujet qui travaille, se doit donc à la communauté; le citoyen du monde qui se trouve dans un «cadre de civilisation globalement commun» et le citoyen qui fait concorder ses attentes envers la communauté avec celles auxquelles il contribue lui-même. La notion de citoyen communément utilisée renvoie à une constante que l'on retrouve dans les trois sphères: que nous soyons des individus qui consommons, qui travaillons, qui allons aux urnes, qui sommes liés aux événements du monde, nous portons toujours en nous un devoir particulier, si nous voulons nous considérer à raison comme appartenant à ces diverses catégories.

Il va de soi que l'on peut porter la différenciation encore plus loin, en définissant un cadre plus étroit:

Quiconque adhère à l'idée qu'une certaine appartenance naît notamment du fait de la ***participation à l'économie***, selon le point de vue et la position sociale, et

indépendamment du type spécifique de participation à la vie économique, soulèvera d'autres aspects qui, à ses yeux, font naître une appartenance. Une autre personne privilégiera une certaine forme de consommation, axée sur le monde du label et des marques et, fidèle à la devise «Je consomme, donc je suis», elle considérera la consommation comme une forme de distinction sociale. D'autres mettront plutôt l'accent sur le travail et renverront au fait que celui-ci est le premier facteur de «socialisation», cependant que d'autres encore souligneront avec Richard Sennett qu'aujourd'hui, la précarité du monde de l'emploi rend impossible toute «identification», quelle qu'elle soit, avec le travail.

En regard de ces citoyens-là, on en trouve encore un autre qui évolue à travers toutes ces formes d'appartenance: il est le collaborateur d'une multinationale, toujours en déplacement, sans attaches à un lieu précis, mais disponible partout; outre l'aménagement standard d'un Hilton, toujours le même dans le monde entier, il trouvera à son arrivée des mécanismes tout aussi prévisibles de sa «corporate citizenship» propre à la compagnie qui l'emploie; cette «corporate citizenship», les principes éthiques, mais également sociaux que sa société s'est donnés, sont pour lui le fil rouge de ses actes.

La force d'attraction de sa «propre culture»

Mais qu'en est-il de celles et ceux qui se sentent tout simplement ***appartenir à une culture particulière?***

La mondialisation, qui a créé dans le monde entier, pour les gens et pour les biens des relations d'échange allant au-delà des frontières, qui a conduit à ce que la communauté pakistanaise de Londres atteigne la taille d'une ville pakistanaise moyenne et à ce qu'en Suisse la proportion de migrants atteigne 40 pour cent, voire plus, dans certains quartiers, cette mondialisation ne mène pas partout, comme on l'a prétendu pendant longtemps, à une «société multiculturelle», dans laquelle les cultures «se fondent». On observe bien plutôt une tendance à la «culturalisation», à une démarcation, ainsi qu'à une mise à l'écart à travers les différences culturelles. Référence principale: le pays d'origine, avec lequel des liens étroits existent, et dont les valeurs et les visions sont provisoirement au centre de tout. Le «ethnic business» – le traitement de relations d'affaires au sein de son propre groupe ethnique, des activités de loisirs, des points de rencontres et des manifestations culturelles, qui se déroulent exclusivement dans le cadre de frontières culturelles bien définies – tout cela peut aller à l'encontre des efforts d'intégration des migrants. Le lent glissement d'une culture à l'autre, lors duquel le sentiment d'appartenance évoluera, ne s'accomplira que lentement, au fil des générations: on fera un bout de chemin pas à pas, on s'éloignera de sa «propre culture» pour avancer vers le mode de vie pratiqué au lieu de domicile par la société dite majoritaire.

Cela présuppose néanmoins que la culture du pays d'accueil se montre, elle aussi, prête au changement, ouverte à des «transitions», comme l'écrit le professeur de sociologie urbaine Hartmut Häussermann. Si elle ne tend pas la main à l'émancipation permettant de sortir des empreintes culturelles traditionnelles, elle entraîne une exclusion pouvant mener tellement loin que la «séparation devient isolation». C'est alors que, dans cette isolation, naissent les «sociétés parallèles», redoutées par la politique, et dans lesquelles les représentations de valeurs en vigueur ne correspondent probablement pas à celles de la société d'accueil.

Il en va de même pour tous ceux qui se sentent en premier lieu ***appartenir à une religion***.

Le fait qu'en périodes d'insécurité, de transformation des valeurs et des structures traditionnelles, les gens sont de plus en plus nombreux à se définir par leur croyance, par leur appartenance à une certaine confession, peut également être lu comme une conséquence des processus globaux. Le «retour de la religion» dans le discours social, mais aussi et surtout dans le discours politique, est le signe que la discussion portant sur les valeurs au sein de la société mondiale est de plus en plus menée à l'aide d'arguments religieux. Le choc des civilisations (en anglais «clash of civilizations»), notion inventée et diffusée par l'Américain Samuel Huntington, se métamorphose de plus en plus – en référence aux événements du 11 septembre 2001 – en un choc des religions (en anglais «clash of religions»), au centre duquel se trouve le conflit entre le christianisme et l'islam. «Qui a le dieu le plus puissant?», titrait le Spiegel, livrant ainsi une formule percutante aux discussions en cours qui – parce qu'elles aboutissent à des débats sur des valeurs – fournissent de vastes ouvertures à une identification. A peine concevable il y a quelques années encore, un penchant nouveau pour des valeurs religieuses, des principes, des dogmes tant du côté des chrétiens que des musulmans, en est la conséquence, avec les conflits extrémistes que nous connaissons: l'interdiction des minarets, liée à la recrudescence d'églises intégristes d'une part, la persécution de chrétiens dans certains pays marqués par l'islam et l'appel à la vie selon le «vrai islam», d'autre part.

Là aussi, la question est de savoir à quel point la tentation existe de vouloir se définir par rapport à son appartenance à une religion, parallèlement à la disponibilité au dialogue: ce n'est en effet qu'à travers la révélation de leurs points communs, lors de débats menés ouvertement, élaborés sur le mode du dialogue, que les

religions perdront leur caractère de système fermé sur soi-même, et qui en quelque sorte apportait le salut.

La nationalité et la citoyenneté

Reste la question de savoir jusqu'à quel point on peut se sentir une appartenance en tant que ***citoyen***.

Mais voilà, citoyen de quoi?

Si l'on entend cette notion comme l'appartenance à une certaine communauté, d'innombrables possibilités se présentent déjà. La plupart des gens mettront l'accent sur l'appartenance à un Etat déterminé et diront tout naturellement: «Je suis Libanais» ou «Je suis Vietnamienne», mais la première demande sera déjà: «Mais d'où viens-tu exactement?» Là, les premières complications apparaîtront, pour l'origine, parce que rares sont les personnes capables de faire concorder le lieu d'origine de leur famille et celui où elles ont grandi. Et le plus souvent, le lieu où l'on vit actuellement en est encore un autre – nous sommes tous des migrants. L'appartenance est encore plus complexe lorsqu'on a soi-même plusieurs nationalités ou, comme dans le cas de l'Union européenne, lorsqu'on possède à la fois une citoyenneté nationale et la citoyenneté européenne.

Du point de vue formel, la nationalité signale uniquement que la personne concernée a rempli, de par sa naissance ou de par une procédure appropriée de naturalisation, les exigences légales permettant d'acquérir une nationalité. Sur ce point, elle n'indique rien de plus qu'un processus particulier menant à un statut légal. Par contre, les composantes émotionnelles de la nationalité comprennent des éléments de fierté nationale, de sentiments patriotiques, de patrie – tout un puzzle personnel, difficilement descriptible, dans lequel s'entremêlent projections d'appartenance et visions imaginaires d'une nation. Il est alors aisé d'y trouver des propositions d'identité, car il n'y a guère d'autre entité que la nation qui, de par son sens même, puisse autant mobiliser et rassembler les émotions des siens. Ou pour l'exprimer dans les termes de Eric Hobsbawm, elle est la «grande force centrifuge idéologique», dans le giron de laquelle nous nous réfugions.

Que ce soit donc en qualité de sujet économique, de membre d'une certaine culture ou ethnie, de membre d'un groupement religieux, de ressortissant d'un pays – personne ne manque d'offres pour créer et maintenir une identité et une appartenance.

Mais où se situent donc les ***citoyens***, au sens où l'entend Otfried Höffe, à savoir en tant que sujets qui ne se sentent pas seulement «appartenir», mais qui considèrent leur appartenance comme une «responsabilité», à savoir en tant qu'hommes qui se transforment «en citoyens au sens empathique, en citoyens de la nation qui façonnent activement leur communauté»? Un citoyen qui reconnaît que la communauté n'est pas acquise une fois pour toutes, mais qu'elle a besoin d'une participation constante dans toutes les sphères, locales, nationales, globales, afin que prospèrent «le libéralisme et la démocratie»? Une participation guidée par l'idée que la communauté est bien davantage qu'une offre d'identité, qu'elle est une réalité qui doit sans cesse être renouvelée, que «personne n'a toujours été là»?

Le citoyen du monde

Il vit depuis huit ans en Suisse, il est marié à une Suissesse, et pourtant il reste lié par le cœur à son village, situé non loin de Gao, au Mali, en Afrique occidentale.

Il a fréquenté les écoles de Gao, puis de la capitale, Bamako; très vite, il s'est intéressé à l'anglais, alors même que la langue officielle de son pays est le français. Elève brillant, il obtient une bourse pour aller étudier aux Etats-Unis. Il y fait un cursus universitaire dont le point fort est l'étude de la littérature afro-américaine. A un moment donné, pourtant, il éprouve le besoin de revoir sa patrie; il retourne à Bamako, où il fait la connaissance de celle qui deviendra son épouse.

La Suisse ne lui a pas été familière au départ.

Il lui a fallu du temps pour que ses vastes connaissances soient reconnues à l'université. Au début, on éprouvait de la réserve vis-à-vis de ce scientifique aux multiples facettes. Il se cramponnait malgré tout à ses projets, écrivait un roman, cherchait le contact avec les milieux intellectuels de son lieu de domicile. La naissance de son fils lui a ouvert des portes, il a fait des connaissances dans son quartier, et plus tard, au jardin d'enfants.

Aujourd'hui, il est engagé sur plusieurs fronts.

Il milite pour la reconnaissance des immigrants africains en Suisse. Il a fait partie d'une délégation qui les représentait auprès de Christoph Blocher, Conseiller fédéral alors en charge du dossier, afin de protester contre la discrimination des Africains en Suisse. Il est fortement lié au réseau de la diaspora africaine.

Parallèlement, il se bat pour sa langue maternelle, le songhay, et, financé par l'Union européenne, travaille à un site web sur le songhay, qui doit permettre aux gens restés au pays de s'exprimer dans leur propre langue, même dans des contextes modernes, complexes et techniques. Par le biais de ce projet, il fait partie d'un réseau international dont la plateforme est l'internet. Il travaille aussi à l'édition de textes anciens de son pays et donne des cours à l'université sur les mythes africains.

Si on lui demande sur quoi il porte son effort maximum, il reste interloqué – en ce moment, il prépare un congrès scientifique international dans sa ville d'origine; parallèlement, il est engagé dans l'école fréquentée depuis lors par son fils.

3 «Bürger», «citizen», citoyen

Pris dans son acception d'origine, le citoyen arrive sur la scène de l'Histoire dans le sens de participant exclusif.

Sous sa première forme (et selon la définition d'Aristote), la démocratie grecque lui donne le droit de participer «aux fonctions judiciaires et aux fonctions publiques», il bénéficie d'accès privilégiés au pouvoir. Mais en même temps, cette «participation» est réservée à un cercle restreint de Grecs, à des hommes qui font partie des assemblées du peuple et qui prennent des décisions sur toutes les questions importantes de la cité. L'accès au ***droit de cité***, donc à la légitimité d'exercer les droits accordés au citoyen, présuppose dès le départ un contrôle strict des hommes résidents, patriciens, libres et fortunés de la cité – le pouvoir de décision sur la communauté n'étant pas accordé à tout un chacun.

Pendant longtemps, rien ne changea, même pas dans l'Antiquité romaine: le citoyen demeurait un participant exclusif.

Toutefois, dans l'Antiquité romaine, la ***citoyenneté*** acquiert une nouvelle dimension, qui joue un rôle important encore aujourd'hui: il est possible d'acquérir la citoyenneté, à condition de remplir certains critères clairement définis. Elle devient ainsi, très tôt dans l'Histoire et jusqu'à nos jours, un moyen politique, une mise en pratique qui s'inscrit dans le cadre des contraintes entre participation et exclusion (lorsque Caracalla accorde par l'Edit de 212 *Constitutio Antoniniana* le droit de cité à tous les habitants de l'Empire romain, il s'agit également pour lui de pouvoir recruter davantage de nouveaux légionnaires). Ce système d'octroi de la citoyenneté semble particulièrement développé au Moyen Age, alors que l'on associe le droit de cité à la propriété foncière et à la fortune: quiconque perd ses terres ou a besoin, dans sa pauvreté, d'être assisté, perd du même coup son statut de citoyen. Dès lors, se manifestent nettement les éléments de la citoyenneté qui impliquent discipline et catégorisation, et qui deviendront, dans l'Etat-nation, un élément essentiel de la politique du droit de cité. Qui se porte candidat pour accéder à la citoyenneté d'une certaine nation doit satisfaire à des exigences précises.

La double fonction du droit de cité

Ainsi, le droit civique remplit-il, au fil des siècles et jusqu'à ce jour, une double fonction, comme l'écrivent les auteures du projet «Citoyenneté – Intégration et exclusion» du Programme national de recherche 51 dans leur rapport final. Ce droit sert à construire l'espace national sur le plan politico-culturel et fait référence aux pratiques et aux principes mobilisés à cet effet. Les confrontations portant sur le droit de cité permettent de débattre des valeurs essentielles liées à la notion de «national»; c'est pourquoi le droit de cité est un cadre privilégié du débat portant sur les conceptions de «national». Mais il sert également de moyen juridico-administratif permettant d'obtenir l'ordre social, en ce qu'il règle l'accès à tout un éventail de domaines tels que l'aide sociale, les droits civiques, et ce, sur la base de caractéristiques sociales, ethniques, propres à un genre, et autres, en fonction de l'époque. Le droit de cité s'oriente donc vers l'alignement des sujets par rapport à la norme.

Le lien étroit qui existe entre le ***droit de cité communal*** et le ***droit de cité national*** revêt une importance considérable pour la cohésion ***helvétique***.

Comme le fait ressortir l'historienne Regula Argast, cette manière spécifique de conférer l'appartenance a pour origine l'assistance publique obligatoire au 16e siècle, alors que les communes furent tenues de prendre soin de ceux de leurs ressortissants qui avaient besoin d'assistance. Dans ces conditions, la volonté de naturaliser les nouveaux venus fut aussi faible que l'on peut imaginer jusqu'à une période avancée du 18e siècle. Ce n'est que parallèlement à la réorganisation des compétences de l'Etat fédéral du 19e siècle et avec la relève des fonctions centrales assurée par les communautés d'habitants qu'une nouvelle dynamique vit le jour. Le droit de cité, concédé en règle générale en vertu du droit du sang *(jus sanguinis)*, donc selon la filiation, occupa le premier plan des débats nationaux, qui se concentrèrent en Suisse, après la Première Guerre mondiale, sur la notion d'«infiltration étrangère». Depuis lors, la réticence à octroyer la citoyenneté par le biais de la naturalisation est une constante de la politique suisse des étrangers, et les débats portant sur la question de savoir s'il faut réduire le nombre des étrangers par naturalisation (voire dissuader ces derniers en dressant des obstacles sur leur route), font

partie du domaine incontesté de la recherche de l'identité helvétique.

De tout temps, et c'est encore d'actualité, il a été question de savoir qui devait être autorisé à participer aux affaires publiques.

Car le citoyen (et plus tard seulement, la citoyenne) semble être dès le départ un sujet actif, un *zoon politikón* (un animal politique), qui intervient, qui s'investit, qui participe aux affaires publiques, qui veut les façonner selon ses propres vues. Le citoyen a toujours été et reste considéré comme un individu rebelle et opiniâtre, qui se fait remarquer dans la *res publica* d'une manière particulière, parfois dérangeante – en bref: le rôle actif du ***citoyen*** est intrinsèquement lié à son statut.

La citoyenneté – participation active et présence dans les affaires publiques

Dans la «Déclaration des droits de l'homme et du citoyen» de 1789, le philosophe français Etienne Balibar a souligné la différenciation qui existe entre l'«homme» et le «citoyen». Depuis lors, entre les droits humains et les droits du citoyen, une tension demeure, caractérisée par le fait que les droits humains s'appliquent à tous, alors que les droits du citoyen ne s'appliquent qu'aux citoyens. Paradoxalement, dans la tradition politique française, les droits humains ont subsisté au cœur de ce qui identifie le citoyen: la citoyenneté implique bien plus que le seul statut de citoyen. Il s'agit en particulier d'une participation attentive, active, d'une «attitude participative» aux affaires publiques, qui procède de la liberté d'opinion, de la liberté de réunion et de la liberté individuelle.

Par conséquent, la ***citoyenneté***

- intègre les ***éléments essentiels des droits humains*** et n'est pas, comme il ressort des débats sur la nationalité, un moyen d'admission ou d'exclusion; comme on peut également le lire sur le site officieux www.vie-publique.fr, la citoyenneté se définit aujourd'hui bien plutôt par une ***attitude dite citoyenne*** et par une ***participation active et quotidienne aux affaires publiques*** que par un statut légal qui se réfère à la nationalité;

- se définit comme une ***attitude, une forme de participation, qui ne doit pas être liée à un statut légal particulier***; chacun doit plutôt avoir recours, dans le cadre de la légalité, à l'éventail des droits et des moyens d'action lui permettant de formuler des demandes fondées et, le cas échéant, des exigences; lui permettant aussi de s'associer aux autres, d'utiliser des tribunes, de créer des réseaux, d'échanger des savoirs;

- ***se distingue*** de la définition d'Etienne Balibar qui présente la ***citoyenneté au sens étroit*** comme étant le «plein exercice des droits politiques»; elle constitue au sens plus large l'«initiative culturelle ou la présence réelle dans la chose publique»;

- transcende, dans son ***obligation envers les vertus et les devoirs républicains***, toute forme quelconque d'actionnisme, d'actions publiques spontanées, de protestations, bien que celles-ci puissent également exprimer une forme de citoyenneté.

Ainsi, le concept de citoyenneté va plus loin que la simple notion de ***droit de cité*** qui se définit d'abord comme des moyens d'action dans le contexte du statut légal de citoyen, donc de membre d'une communauté. Au fond, la citoyenneté comprend traditionnellement la totalité des membres d'une commune (à l'exclusion de ceux qui n'ont pas ce statut légal). Toutefois, une nouvelle approche a vu le jour récemment à travers la notion de ***«aktive Bürgerschaft»*** en allemand, comparable à la citoyenneté – mais là aussi il s'agit des formes multiples de la participation, indépendamment du statut légal, il s'agit du rôle actif de la citoyenneté.

La citoyenneté – devenir citoyen ou être citoyen

Les notions de citoyenneté et de «aktive Bürgerschaft» sont fortement influencées par les discussions menées dans le monde anglo-saxon, où la notion de ***«citizenship»*** renvoie depuis longtemps, et bien au-delà du statut légal, à la ***participation aux affaires publiques.*** Et ce, également sur fond de vieille tradition de l'acquisition de la nationalité par le *jus soli*, c'est-à-dire par la naissance dans le pays; dans la plupart des pays anglo-saxons, on devient citoyen en étant natif, et point n'est besoin, précisément pour les migrants de la deuxième génération, de preuves distinctes d'intégration, voire d'assimilation. De ce fait, de nombreuses personnes, aux diverses origines culturelles étrangères, deviennent des citoyens. Il est donc d'autant plus urgent de se poser la question de savoir comment ces citoyens *de jure* peuvent être incités à participer activement aux affaires publiques.

La distinction entre statut et participation effective est tout aussi déterminante pour définir concrètement ce qu'on entend par «citizenship».

Le sociologue Angus Stewart fait une distinction entre «citoyenneté étatique» et «citoyenneté démocratique». La première relève d'un statut légal et d'une reconnaissance dans un Etat-nation, alors que la seconde a trait à la participation collective de citoyens en qualité d'«acteurs politiques qui marquent de leur empreinte, et constituent, les sphères politiques». Kymlicka et Norman distinguent la «citoyenneté en tant que statut légal» de la «citoyenneté à titre d'activité souhaitable»; quant à Castles et Davidson, ils établissent une distinction entre les deux conceptions que sont la notion d'accès à la citoyenneté («devenir un citoyen») et celle de citoyenneté substantielle («être un citoyen»). On admet en règle générale que s'est constituée autour de la notion de «citizen» une somme, riche et relativement précise, de réflexions, à l'aide desquelles les sciences sociales anglo-saxonnes ont tenté de décrire les caractéristiques très diverses de la «citizenship»:

- Les «denizens», les citoyens reniés («denied citizens»), sont des immigrants dotés d'un statut légal, qui se sont établis légalement dans un pays, mais qui n'y sont pas encore naturalisés. Ils ont des droits civiques et socioéconomiques identiques à ceux des citoyens, de même que des droits sociaux et culturels identiques, mais ils en attendent la reconnaissance formelle.

- Les «margizens», les citoyens marginalisés («marginalized citizens»), sont des individus qui n'ont aucun statut légal de citoyen, mais qui possèdent tout de même certains droits. Ainsi, leurs enfants peuvent fréquenter l'école, même si leurs parents sont des sans-papiers, ou suivre un apprentissage.

- Les «netizens», les citoyens du net («net citizens»), constituent une nouvelle forme de migrants, qui considèrent notamment la Toile comme leur lieu de citoyenneté, qui échangent leurs impressions sur leurs intérêts et leurs problèmes dans des forums, des «chatrooms», sur Twitter et Facebook, et qui se retrouvent dans une nouvelle forme de citoyenneté, celle de l'internet, tout à fait indépendante de leur statut légal dans leur lieu de résidence.

Ces conceptions de la «citizenship» ont pour point commun leur ouverture.

Elles se fondent sur le fait que «l'appartenance par la citizenship» n'est pas une question de statut attribué un jour, mais qu'elle relève plutôt d'une activité propre, acquise par soi-même et exercée personnellement dans un espace public. On «devient citoyen» par le fait que l'on entre «en qualité d'intervenant sur la scène politique», comme l'écrivent les ethnologues Deborah Reed-Danahay et Caroline B. Brettell dans l'introduction d'une vaste étude portant sur la migration aux Etats-Unis et en Europe. On ne demeure pas non plus un citoyen en un seul lieu, mais l'on peut s'investir en qualité de membre aussi bien d'une autorité scolaire que d'une organisation non gouvernementale œuvrant au niveau national, ou encore d'un «advocacy group». On peut être à la fois un «netizen» et le collaborateur engagé d'un groupe de quartier qui s'efforce d'inciter les nouveaux venus à apprendre la langue des autochtones.

A cet égard, l'«intégration» dans la société majoritaire, comprise comme l'adoption au sens large des valeurs et des normes par les migrants, n'est pas au cœur du débat. ***La notion de «citizenship» et de citoyenneté se situe dans le cadre d'une conception ouverte, plurale, de la société, dans laquelle la différence trouve sa place.*** Comme le souligne le politologue américain Renato Rosaldo, nombre de groupements et d'individus placent précisément ce droit à la différence au centre de leur engagement; ils posent l'exigence de «droits divers, distincts, d'une représentation et d'une autonomie culturelle, de formes qui se distinguent des modèles officiels ou unitaires de la citoyenneté». Des «citizens» actifs, intéressés, parfois dérangeants remettent en cause cette pression à l'assimilation que masquent des notions d'«intégration». Ils deviennent ainsi de nouveaux acteurs dans les débats actuels portant sur la question de savoir quelles sont les conditions de l'ordre social, et si une compréhension normative, hégémonique de la société doit prévaloir, ou s'il devrait s'agir d'une compréhension différenciée, plurale et dans ce sens: ouverte.

La citoyenneté dans le contexte helvétique

Dès lors, voilà esquissés les défis que pose le concept de citoyenneté ou de «citizenship» dans le ***contexte helvétique.***

Jusqu'à ce jour, la politique suisse des migrations ne s'est penchée que dans une moindre mesure sur la question de la participation politique en dehors du statut légal de citoyen. De même, la question de la citoyenneté active des immigrants n'a pas été un sujet majeur jusqu'ici. Seules les expériences politiques faites avec des étrangers dans des cantons romands ont trouvé un certain écho dans la discussion. En outre, il existe une vaste littérature sur le rôle des associations d'immigrants en Suisse. Mais à ce jour, on n'a encore guère discuté de la question de savoir jusqu'à quel point l'idée de citoyenneté (ou de «citizenship») de non-citoyens était compatible avec le concept normatif de l'intégration.

De toute façon, les interfaces existent.

Il y a longtemps que les modèles progressistes, innovateurs, des grandes villes et de certains cantons ont remplacé une approche tournée vers les lacunes des migrants par une autre axée sur leur potentiel. Non seulement on entend par potentiel «le plurilinguisme, des capacités particulières, un savoir-faire culinaire, de nouvelles idées, une certaine créativité, une volonté de performance, une joie de vivre ou des plans de carrière», mais ce potentiel présuppose également la responsabilité individuelle du migrant. Des «migrants personnellement responsables», comme les souhaitent expressément les délégués à l'intégration, constituent la première étape vers une démarche qui considère les migrants également comme des citoyens. Et si la volonté existe, le fait de promouvoir ce potentiel (ou ces ressources) dès le départ, par le biais de l'information et de la formation, et de l'«exploiter» pleinement, socialement, économiquement et culturellement parlant, selon la formule «encourager et exiger», ouvrira les portes vers une nouvelle compréhension de la citoyenneté. Bien entendu, comprise par toutes les parties.

La citoyenne et son réseau

Elle est originaire d'Anatolie, région de l'Est de la Turquie, et elle dit: «Si je n'étais pas venue en Suisse, je pourrais bien – qui sait – déjà être mariée et je vivrais au village.»

Aujourd'hui, elle travaille comme juriste dans une assurance, une carrière s'ouvre devant elle, et elle dit ouvertement qu'elle a bien l'intention de faire carrière. Elle a des exigences claires à propos d'un futur partenaire – il doit savoir faire la cuisine, le ménage, la lessive, et devra un jour assumer aussi en partie la garde des enfants.

Elle dit qu'elle est reconnaissante à la Suisse de tout ce qu'elle a pu apprendre ici, et aussi de la liberté dont elle jouit. Ce pays, souligne-t-elle, «devrait être fier de sa force, de sa capacité d'intégration». Pour sa part, elle est prête à rendre quelque chose, à transmettre quelque chose. Pour ce faire, elle milite au «Café Secondas», projet permettant aux jeunes femmes de la deuxième génération d'échanger leurs expériences, de s'encourager et de se stimuler mutuellement, de trouver leur propre voie de manière autonome – former un réseau au lieu d'être dépendante, c'est de cela qu'il s'agit. Car il n'est pas facile pour toutes de se détacher des idées qui prévalent à la maison – dans beaucoup de familles règnent encore les coutumes et idées traditionnelles sur le rôle de la femme. Plus d'une jeune femme se voit refuser une bonne formation, d'autres sont confrontées à des mariages forcés.

C'est à elles que le «Café Secondas» veut tendre la main. Une fois par mois, les femmes s'y réunissent, elles échangent des propos et des idées, réfléchissent à la manière de faire avancer les projets. Les manifestations publiques, qui ont lieu régulièrement, sont une chose; une autre est de soutenir de manière ciblée les Secondas dans leurs études et leur formation. En outre, les jeunes femmes du «Café Secondas» recherchent de manière ciblée à entamer le dialogue avec les femmes politiques, pour attirer leur attention sur les sujets qui les préoccupent.

«Fonctionner en réseau», dit-elle, «tout est là».

Et il importe, souligne-t-elle, qu'on prête attention aux Secondas dans les débats publics, «car nous sommes l'avenir – nous avons accès à des cultures différentes, nous avons les capacités, et nous sommes des femmes».

4
Les lieux de participation

Les lieux que les migrants fréquentent aujourd'hui, les lieux auxquels ils accèdent sont aussi variés que leur origine sociale, leur culture, leur formation, l'activité qu'ils exercent. Les conditions régnant dans le pays même ont aussi une influence sur la possibilité de se trouver un «lieu», un point d'ancrage.

Un point essentiel est de savoir comment on définit son appartenance, si l'on se sent citoyen du lieu où l'on vit, ou si l'on s'identifie à un autre endroit, et affirme son appartenance à un ailleurs. Selon l'ethnologue Paul Silverstein, les «transmigrants» sont les gens qui, culturellement et socialement, ont un autre pôle d'attraction que l'endroit où ils vivent, alors que les «hybrides» se rattachent à deux cultures différentes et, souvent aussi, à deux lieux. Certains resteront de toute façon toujours attachés à leur lieu d'origine, et ne feront pas un pas vers la société d'accueil – dans ce cas, difficile de parler d'intégration.

La question se pose de savoir si la citoyenneté, dans le sens d'une attitude citoyenne active, intéressée, est possible sans un rapport explicite avec un lieu, sans un certain lien avec le centre de sa vie, son lieu de résidence, la commune, le quartier; s'il est possible d'être un citoyen, quand on travaille dans le pays d'accueil, certes, qu'on y fonde une famille, mais qu'on ne s'intéresse qu'à sa patrie, à la famille restée au pays. Car souvent aussi, on s'implique dans les questions politiques «de là-bas», sur la base des médias «de là-bas». Ce serait une «citoyenneté de la diaspora», une véritable forme de participation active, non pas dans le pays d'accueil, mais dans le pays d'origine. Et qu'en est-il de ces «citoyens flexibles», employés bien payés d'entreprises multinationales, qui ne sont dans le pays que pour quelques années, se meuvent dans un environnement culturel et social limité à leur lieu de travail (au sein de la multinationale), à des clubs de gens du même monde (créés par leur entreprise) et aux écoles internationales où sont inscrits leurs enfants (toujours par l'entremise de l'entreprise)? Ils ont aussi peu d'attaches sur place que les «netizens» avec leur attachement à leur «communauté internet». Dans ce sens, la citoyenneté n'est pas nécessairement liée à un lieu.

La citoyenneté liée à un lieu particulier

En ce qui concerne le cadre national lié à la migration, nous admettons que la citoyenneté a besoin d'un ancrage local, d'un «espace social», dans lequel peuvent se créer les contacts qui, dans une démocratie, sont indispensables à la prise de parole et à la coopération. Ainsi conçue, la citoyenneté présuppose:

- l'appartenance à une ***communauté***, peu importe le genre: commune, bien sûr, mais aussi quartier ou institution, l'école, par exemple;

- la relation avec le ***lieu de résidence***, c'est-à-dire, une implantation claire au centre géographique de la vie sur place.

Mais ni l'appartenance, ni l'attachement local ne sont donnés. L'un comme l'autre naissent d'un double processus, dans lequel la société d'accueil joue un rôle aussi actif que les migrants eux-mêmes, et où les instances médiatrices, intégrantes et motivantes, sont importantes de ce double point de vue. Du côté des migrants, leurs ***cercles*** jouent un rôle de premier plan, comme la recherche l'a montré à maintes reprises. Ils représentent une interface: ils permettent, d'une part, de préserver des modèles culturels et des valeurs, qui peuvent avoir un effet absolument «conservateur». Mais ils sont le lieu, d'autre part, où se développe l'appartenance par rapport au pays d'accueil, puisque les responsables de ces associations jouent souvent le rôle de facilitateur, de médiateur. Ils sont aussi le lieu où sont organisés des débats – sur des questions relatives à sa propre culture, à son origine, mais aussi à la société d'accueil. Dans cette mesure, «l'associationnisme collabore à l'invention et à la production de synthèses identitaires qu'il diffuse dans la société élargie», comme il est dit dans l'étude de Laurent Matthey et Béatrice Steiner «Nous, moi – les autres». Ils sont le lieu où se déroulent des processus transculturels, où des sociétés sont redécouvertes et interprétées, où l'on se fait «mutuellement comprendre».

Les ***associations en général*** font aussi office de passerelles, qu'il s'agisse de syndicats, de groupements d'intérêts ou d'initiatives citoyennes, même si elles défendent surtout des intérêts particuliers. Elles sont un lieu d'apprentissage de la participation démocratique, où l'on fait connaissance avec la pluralité et le jeu des majorités et des minorités, elles sont le forum où s'exerce la citoyenneté.

A la condition, toutefois, que l'autre partie fasse montre d'une certaine ouverture.

Car une société dans laquelle la culture majoritaire défend jalousement ses privilèges, qui n'accorde l'accès à la chose publique, à l'espace public, aux débats et aux discussions qu'à ses «ressortissants», engendre rapidement, par son attitude, un sentiment d'exclusion chez les personnes actives sans passeport suisse. Il suffit d'avoir fait l'expérience d'être renvoyé aux conditions formelles de citoyenneté avant même d'avoir pu s'expliquer. S'ensuit un profond sentiment de frustration. Beaucoup ne se risqueront pas une seconde fois à essayer de se faire entendre. Et on perd ainsi quelques interlocuteurs de bonne volonté et de qualité.

Les conditions cadre de la participation

Pour savoir si les conditions d'une ***ouverture*** sont réunies dans des régions citadines ou rurales, il suffit d'étudier la question des formes de participation aux affaires publiques dans les zones en question et la manière dont elles s'appliquent. A priori, dans les régions rurales prévaut le point de vue traditionnel, à savoir que la participation, et avec elle, la démocratie, est l'affaire des autochtones, donc des citoyens et citoyennes formels. Le marquage de la frontière entre ceux qui ont le droit de participer et ceux qui en sont privés obéit aux critères formels de la nationalité.

Dans les centres urbains et les agglomérations, en revanche, s'instaurent plutôt – et des études internationales sur ce thème le confirment – des formes de participation permettant à toutes les personnes concernées d'avoir leur mot à dire, indépendamment de l'exigence formelle de la nationalité. Sera ainsi considéré comme citoyen, et par conséquent comme un ayant droit à la parole, celui qui est «concerné» par une décision ou un événement, donc interpellé, et capable de s'exprimer sur la question. Ici intervient le principe qui veut que la démocratie soit un processus ouvert, dans lequel tous les intéressés peuvent s'impliquer.

Ce qui va rester inexpliqué, cependant, ce sont les conclusions à tirer pour le paysage urbain suisse, qui dans de vastes parties du pays, tend à se présenter surtout comme une grande agglomération plutôt que comme un espace spécifiquement urbain ou rural. Comme le montre une étude de l'EPFL de 2002, l'agglomération aboutit à un espace fragmenté, à des structures administratives morcelées, de sorte que l'image de la ville entendue comme «une entité intégrée géographiquement, socialement et politiquement», appartient définitivement au passé. L'agglomération, écrivent les auteurs de l'étude, est le lieu où l'interchangeabilité des espaces de vie est plus grande qu'au cœur des villes, où la population «se sent beaucoup plus fortement liée à sa commune de résidence». Ainsi seraient réunies les conditions permettant une implication plus forte de ceux qui, formellement, ne sont pas «des nôtres».

Une fois les barrières franchies, tout devient plus simple.

Car le citoyen et la citoyenne sont partout, émergent partout, en concitoyens curieux, intéressés, se manifestant aux réunions de classe comme aux assemblées de quartier, aux soirées de sociétés comme aux réunions syndicales, aux stands de pâtisserie comme aux séances de rédaction du journal du quartier, aux récoltes de signatures comme aux fêtes d'associations.

Pour autant que la société le permette.

5
La citoyenneté à titre de participation

Un entretien avec Gianni D'Amato, professeur à l'Université de Neuchâtel et directeur du Forum suisse pour l'étude des migrations et de la population

Gianni D'Amato, cela fait longtemps qu'il est question en Suisse de la participation des migrants à la vie politique. C'est surtout le droit de vote et d'éligibilité accordé aux étrangers qui fait débat, mais qui est rarement mis en œuvre. Le principe de citoyenneté au sens large est-il désormais une solution?

Si nous jetons un coup d'œil rétrospectif, l'Histoire nous apprend que le thème de la «participation» dans la politique des migrations a toujours fait l'objet de discussions sous divers aspects. Jusque dans les années 1970, et sous l'effet d'idées socialistes, la participation, ou plus précisément, la position des migrants dans le mouvement ouvrier, occupait une place de choix sur le lieu de travail. Changement de situation dans les années 1980 avec les mouvements citoyens de l'Europe de l'Est, lorsque naquit le thème de la citoyenneté («citizenship»). Le débat relatif aux migrations en fut également influencé chez nous, où il porta également sur la manière dont les migrants pourraient participer aux processus politiques, non seulement pour renforcer leur position, mais aussi pour des questions de légitimité démocratique. Car un système démocratique atteint les limites de la légitimité dès lors que plus de 20 pour cent de sa population ne peuvent pas participer aux décisions politiques, parce qu'ils en sont exclus pour des raisons structurelles. Un renversement de tendance se produisit notamment en Suisse romande où l'on reconnut que les migrants, indépendamment de leur statut, avaient des compétences propres qu'ils pouvaient transmettre à nos communes en leur qualité d'habitants, même s'ils n'étaient pas formellement des citoyens.

La compétence, la capacité de participer aux décisions, de donner son avis sont-elles également au cœur de la citoyenneté?

Assurément! Chacun fait montre de sa compétence pour résoudre un problème, en puisant aussi dans son propre passé social et culturel, que ce soit au sein d'une association de parents, dans des relations de voisinage, au travail, ou dans toute autre association. Même si elle n'est pas politique, il s'agit-là d'une forme de participation. A cet égard, de nombreuses variantes, de multiples formes de discussion, en maints endroits, sont possibles. D'ailleurs, c'est à l'aide de cette approche par petits pas que la société helvétique du 19e siècle s'est démocratisée. Et pourtant, nous ne devons pas négliger la reconnaissance formelle du citoyen, par le biais de la naturalisation ou de l'octroi du droit de vote et d'éligibilité, par exemple.

Pourquoi?

Parce qu'il s'agit ici de questions à la fois pratiques et symboliques. Au sens formel, la reconnaissance de la personne en tant que citoyen signifie que celle-ci est reconnue par un certain pays, qu'elle en fait partie; cela implique également une certaine sécurité – c'est là son aspect pratique – notamment en matière de protection contre l'expulsion, un statut garanti, une perspective pour un avenir commun.

La participation fondée sur le principe de la citoyenneté nécessite-t-elle aussi un ensemble de valeurs communes, impliquant que la société majoritaire et les migrants partagent certaines valeurs?

Là, je serais prudent, parce que le débat portant sur les valeurs est chargé d'histoire, et qu'une vision du monde conservatrice et pessimiste y est inscrite en filigrane. L'époque que nous vivons est celle de l'extrême diversité, dans laquelle les conceptions de la vie, les formes de l'existence, se dispersent dans tous les sens. En l'occurrence, je préférerais parler de règles du jeu, d'attitudes (parmi elles, la tolérance), ou d'une culture de l'écoute, de la réflexion commune, de l'attention portée à autrui. Assurément aussi, le respect à l'égard d'autrui, sans oublier les droits et devoirs constitutionnels.

Dans ce sens, la pratique de la citoyenneté est-elle également une voie vers l'intégration?

La discussion existe depuis que la Suisse a une politique des étrangers: qu'est-ce qui vient en premier lieu, l'intégration, suivie de la reconnaissance du citoyen? Ou doit-on d'abord faire partie de la collectivité afin de pou-

voir s'y intégrer? Plusieurs Etats empruntent cette voie-là, surtout les pays anglophones, relativement ouverts en matière d'admission à la citoyenneté; ils ont confiance dans l'effet d'intégration de ce geste. Le continent européen, en particulier l'espace germanophone, emprunte, par tradition, une autre voie: l'octroi de la nationalité y est une question de confiance, que l'on doit mériter en premier lieu par l'intégration. A mes yeux, toutes deux – reconnaissance et intégration – vont de pair, ce que la Suisse, malgré une attitude plutôt réservée, reconnaît également: elle sait le potentiel que recèlent les divers groupes de migrants; elle sait qu'il n'y a aucune raison d'exclure ces derniers sur plusieurs générations. Par ailleurs, la citoyenneté implique également une identification avec une communauté politique concrète. Etre citoyen signifie aussi se positionner par rapport au passé et à l'avenir de la société dans laquelle on vit. Cela vaut autant pour les migrants que pour les autochtones. Il est donc déterminant d'abandonner toute approche axée sur les lacunes pour en adopter une tournée vers le «vivre ensemble» – d'où naîtront de nouvelles causes de friction, de nouvelles formes de confrontations avec et autour de la société, ce qui est productif.

Cela dépend donc également de l'attitude de la société d'accueil.

Oui, absolument. Il est nécessaire d'aménager des espaces où peuvent avoir lieu des rencontres, des débats, voire des confrontations, pourquoi pas? A cet égard, nous avons beaucoup à apprendre de l'issue de la votation portant sur l'initiative anti-minarets. Bien des choses auraient pu être clarifiées, bien des choses auraient pu être considérées sous d'autres angles, si de vraies rencontres, voire de vrais conflits, avaient pu avoir lieu ici et là. J'ai la conviction qu'une société moderne, ouverte, et une démocratie comme la nôtre supportent beaucoup, et certainement bien davantage que nous ne le pensons. Mais l'on doit chercher – et trouver – sa propre voie vers l'autre, et faire un effort sur soi-même: il faut bien commencer une fois à chercher. Quiconque pense que l'intégration s'acquiert gratuitement, en quelque sorte sans conflits, sans accrocs, se méprend – une Suisse faite de paix et d'harmonie est bonne pour les catalogues de vacances, et n'a rien à voir avec la réalité politique.

Où situez-vous les espaces destinés à de tels débats?

Partout, surtout dans les villes, dans les espaces urbains. Les enfants sont importants, les écoles sont importantes, parce que c'est là que les parents échangent leurs compétences en matière d'éducation, tout en pouvant aussi parler de leurs lacunes et de leurs insuffisances; ce sont des lieux où la participation est possible. La citoyenneté peut trouver sa place partout où il est question d'intérêts essentiels, d'habitat, de travail, d'enfants. Echanger ses impressions, discuter ensemble, cela n'a en tout cas rien à voir avec les conflits livrés en pâture par les médias, ces médias qui assument de plus en plus le rôle d'agents s'exprimant à la place de la société. Ils s'imaginent œuvrer pour le bien de la communauté en publiant certains sujets, mais en vérité, ils dépossèdent la société des questions qu'elle se pose et des débats qu'elle mène – c'est alors que la citoyenneté active peut s'affirmer.

Un citoyen local

Il possède avec son épouse une petite fiduciaire prospère, située dans un quartier ouvrier typique. Tous deux Alévis, ils appartiennent donc à cette religion autonome et libérale, l'alévisme, qui continue de faire l'objet de discriminations en Turquie. Pourtant, ils ne comptent pas que des Alévis parmi leur clientèle – dans le quartier, leur bureau est un point de chute pour tous, surtout pour les commerçants locaux qui leur font faire leur comptabilité.

Etant donné qu'il connaît déjà bien la situation financière de ses compatriotes, il doit veiller à la manière dont des hommes d'un certain âge, usés par leur travail dans la construction ou en usine, s'achètent une buvette, un petit restaurant à un prix beaucoup trop élevé; ils paient un loyer bien trop cher et sont ensuite surendettés. Il intervient alors et les aide à se sortir de la spirale de l'endettement.

Ou au sein de la famille: des conflits surgissent souvent, lorsqu'elle attend beaucoup, peut-être beaucoup trop, de ses enfants. La pression exercée sur la deuxième génération pour qu'elle réussisse prend des proportions sans commune mesure, on pousse vers le succès ses propres enfants qui, par la suite, avec leur nom étranger, n'obtiendront même pas une place d'apprentissage. Alors il intervient, et il essaie d'expliquer, de calmer le jeu.

Il fait donc bien davantage que de simplement tenir des comptabilités – il ne cesse pas d'intervenir activement dans les conflits concernant les communautés turques et kurdes du quartier, et il défend avec verve et véhémence les intérêts de la société alévi.

Son modeste bureau sis dans une rue du quartier, et présentant des étagères remplies de classeurs soigneusement rangés, est plus qu'une simple fiduciaire; et son engagement s'étend bien au-delà des chiffres.

6 Compétence, démocratie, visibilité

Qui a quelque chose à dire doit l'exprimer, et qui a une idée doit participer à sa mise en œuvre.

La citoyenneté peut s'exercer dans le cadre d'une activité dans le quartier, quand il s'agit de dire ce que l'on pense à propos du réaménagement d'une rue, elle est possible à l'école, lors de l'élection du conseil des parents. Mais la citoyenneté naît aussi et surtout de la participation active aux décisions qui se prennent dans la commune, ou au niveau cantonal, c'est-à-dire partout où les migrants sont concernés, se sentent interpellés, en leur qualité de résidants. Ils ont à disposition de multiples formes de participation politique publique: droit de pétition, forums de discussion, participation à des procédures de consultation, sans oublier l'organisation de manifestations; à propos des questions et des thèmes fédéraux de portée internationale, le droit d'intervention est aussi souhaité et nécessaire – et pas seulement en termes de politique des migrations, au sens étroit.

Du droit d'intervention et de participation, tout le monde tire profit.

Car la citoyenneté est un processus par lequel les résidants qui n'ont pas la nationalité suisse font un pas vers la chose publique et participent ainsi activement à la vie sociale et politique. La citoyenneté est une forme de participation par laquelle des compétences, des capacités, restées peut-être cachées jusque-là, peuvent se manifester. Des compétences que les migrants ont apportées de leur pays d'origine, mais qui se sont enrichies aussi des capacités acquises dans le pays même, «chez nous», c'est-à-dire des compétences professionnelles, politiques, culturelles. A quoi s'ajoutent les dons et talents personnels de chacun. Le tout constitue de nouvelles capacités, nées à la jointure entre le vécu importé et les expériences faites en Suisse. Ces capacités résultent d'un processus d'apprentissage, que chacun de nous doit faire quand il se retrouve dans un environnement différent, étranger.

Ainsi conçue, la citoyenneté peut devenir une expérience de participation démocratique, telle que peut l'offrir un pays pluraliste, ouvert sur le monde. C'est encore et surtout faire l'expérience d'une ***appartenance***. Celle-ci ne doit pas découler d'une attitude paternaliste des «bien-pensants» mais de la conviction qu'il est juste que les intéressés, les personnes concernées, aient droit à la parole. Il s'agit aussi de pouvoir faire l'expérience de la ***codécision***, quand elle est utile à l'affaire, parce qu'il est bon et judicieux qu'un très grand nombre de gens s'impliquent sur un très grand nombre de points de vue, et en particulier parce que le droit d'être entendu, en qualité de personne soumise à des décisions et à des processus, ressortit à un domaine central de la démocratie. C'est ainsi que se créent des processus d'apprentissage, qui peuvent conduire à de nouvelles modalités relationnelles entre la société majoritaire et les immigrés – à tout le moins à cette prise de conscience que la démocratie repose toujours, certes, sur des conditions de majorité réalisées formellement, mais qu'elle n'est pas viable si elle n'est pas imprégnée d'un esprit de respect des minorités, et du sens de la justice.

Là où des hommes d'horizons culturels et sociaux différents entament la discussion, il est inévitable que se produisent des conflits et que les débats prennent parfois une tournure violente. Mais ils sont maîtrisables si les participants se réfèrent aux vertus démocratiques. A telle enseigne que la citoyenneté est aussi un lieu d'enseignement de la démocratie – pour ceux qui croyaient tout savoir d'elle, et pour les autres, qui s'initient peut-être à la participation démocratique.

Enfin et surtout:

La démocratie s'exerce en public, c'est pourquoi la citoyenneté représente aussi une chance de se rendre visible, de se manifester.

Quand, lors des manifestations de quartier, ce ne sont pas seulement les autochtones qui monopolisent la parole, mais que les immigrés peuvent aussi faire valoir leur opinion; quand, lors de débats radio- ou télédiffusés, ce ne sont pas seulement les experts du cru qui s'expriment, mais aussi ceux qui ont acquis leur savoir ailleurs, alors l'image de la Suisse telle qu'elle existe réellement se modifie aussi dans l'opinion publique. C'est une Suisse devenue depuis longtemps un pays aux multiples visages, avec de nombreux traits nouveaux et – il faut l'admettre – beaucoup de nouvelles idées.

7 Bibliographie

BALIBAR, Etienne (1992). Les frontières de la démocratie. Paris: La Découverte.

BAUMAN, Zygmunt (2001). Gemeinschaften. Auf der Suche nach Sicherheit in einer bedrohlichen Welt. Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag.

BOURDIEU, Pierre (1979). La distinction, critique sociale du jugement. Paris: Minuit.

ERDHEIM, Mario (1982). Die gesellschaftliche Produktion von Unbewusstheit: Eine Einführung in den ethnopsychoanalytischen Prozess. Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag.

FOUCAULT, Michel (1969). L'Archéologie du savoir. Paris: Gallimard.

HÄUSSERMANN, Hartmut (2005). Migranten und Urbanität, in: Gianni D'Amato, Brigitta Gerber (éd.), Herausforderung Integration, Städtische Migrationspolitik in der Schweiz und in Europa, Zürich: Seismo, S. 133–142.

HOBSBAWM, Eric (1992). Nations et nationalismes depuis 1780: programmes, mythe et réalité. Paris: Gallimard.

HÖFFE, Otfried (2001). Aristoteles: Politik. Berlin: Akademie Verlag.

HÖFFE, Otfried (2004). Wirtschaftsbürger, Staatsbürger, Weltbürger – Politische Ethik im Zeitalter der Globalisierung. München: C.H. Beck.

KÜBLER, Daniel, Brigitte Schwab, Dominique Joye, Michel Bassand (2002). La métropole et le politique: identité, services urbains et citoyenneté dans quatre agglomérations en Suisse. Lausanne: EPFL-LASUR, no 3.

KURY, Patrick (2003). Über Fremde reden. Überfremdungsdiskurs und Ausgrenzung in der Schweiz 1900–1945. Zürich: Chronos.

MATTHEY, Laurent et Béatrice Steiner (2009). Nous, moi – les autres. Les associations de migrants et la formation de l'identité: une approche internaliste. Berne: CFM.

PETERS, Bernhard (1993). Die Integration moderner Gesellschaften. Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag.

REED-DANAHAY, Deborah, Caroline B. Brettell (2008). Citizenship, Political Engagement and Belonging: Immigrants in Europe and in the United States. London: Rutgers University Press.

SEN, Amartya (2006). Die Identitätsfalle, Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt. München: C.H. Beck.

SENNETT, Richard (1998). Der flexible Mensch: die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Siedler.

STUDER, Brigitte, Gérald Arlettaz, Regula, Argast (2007). Das Schweizer Bürgerrecht. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.

WODAK, Ruth, Rudolf de Cillia et al. (1998). Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt/M: Suhrkamp Verlag.